

Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung 1979

Das Jahr im Überblick

Mit dem Jahr 1979 ging ein Jahrzehnt zu Ende, das in vielen Bereichen eine Zeit der Umorientierung war. Zu nennen sind hier der Rückgang der Geburten mit seinen Konsequenzen für die Bevölkerungsentwicklung und die zunehmende Zahl von ausländischen Familien und damit auch Kindern, deren Integration in die Gesellschaft zunehmend als Aufgabe empfunden wurde. Im Bewußtsein einer rasch wachsenden Zahl von Menschen erfolgte eine Umorientierung hinsichtlich Wertung und Möglichkeit quantitativen Wachstums und ein gestiegenes Bedürfnis nach Leben in einer intakten ökologischen Umwelt.

Wirtschaftlich brachten die siebziger Jahre die bisher schwerste und langanhaltendste Rezession der Nachkriegsgeschichte mit sich. Diese Wirtschaftskrise, die im Anschluß an die „Ölkrise“ Ende 1973 einsetzte, wirkte bis in das Jahr 1978 nach. Der schon in jenem Jahr einsetzende konjunkturelle Aufschwung setzte sich 1979 verstärkt fort. Die durch die Ereignisse im Iran ausgelöste zweite Krise in der Ölversorgung hat – zumindest bisher – die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung kaum abgebremsst. Doch da sich die gestiegene Marktmacht der Öllieferländer in überaus stark gestiegenen Preisen für Mineralöl auswirkte, war mit der Verteuerung des Energieträgers und Rohstoffs Öl ein Umkippen der Terms of Trade – der Relation der Ausfuhr – zu den Einfuhrpreisen – verbunden. Dies brachte einen Wohlstandstransfer zu den Lieferländern mit sich, der sich für die heimische Wirtschaft in Form einer gestiegenen Kostenbelastung, bei den Verbrauchern letztlich in Form von schrumpfenden Zuwachsraten bei den Realeinkommen bemerkbar machte. Der Index der Reallöhne lag zum Beispiel im Juli lediglich 1,8% über dem Stand des Vorjahres.

Das günstige Investitionsklima und eine außerordentliche positive Entwicklung der Auslandsnachfrage haben den Aufschwung 1979 zu wesentlichen Teilen getragen. In einigen Wirtschaftsbereichen traten, in regional unterschiedlichem Ausmaß, sogar konjunkturelle Überhitzungserscheinungen auf, so im Baubereich – im Wohnungsbau sind die Zuwachsraten allerdings bereits abgebrockelt – und in denjenigen Industrie- und Handwerkszweigen, die Güter und Leistungen von Sanierung und Energieeinsparung produzieren; bundeseinheitliche und landeseigene Förderungsmaßnahmen trugen zur erhöhten Nachfrage in diesen Bereichen bei.

Im abgelaufenen Jahr wuchs die Bevölkerung etwas stärker als in den Vorjahren, vor allem durch die Netto-Zuwanderung von rund 18 000 Ausländern und einen noch beachtlichen Wanderungsgewinn von 14 000 Personen bei den Deutschen. Das Geburtendefizit bei den Deutschen ist geringer geworden, wie aufgrund der Verschiebung in der Altersstruktur auch zu erwarten war, die Geburtenraten sind somit 1979, im „Jahr des Kindes“ mindestens nicht ungünstiger geworden.

Zum „Jahr des Kindes“ wurde von der Landesregierung im Rahmen der Aktion „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ versucht, durch Veranstaltungen, Modellvorhaben usw. Impulse zur Schaffung einer kinderfreundlichen Umwelt zu geben. Erhebliche Anstrengungen wurden, wie schon in den zurückliegenden Jahren, von der Landesregierung im Bereich familienfördernder Maßnahmen unternommen. Für Kinder, die ab dem 1. September 1979 von nichterwerbstätigen Müttern geboren wurden, wird ein Familiengeld von 2000 DM gezahlt; neben dem seit 1977 bestehenden Familiendarlehen gibt es seit Jahresbeginn das Geburtsdarlehen. Können andere öffentliche Leistungen Notlagen nicht beheben, kann ab 1. Januar 1980 die Stiftung „Familie in Not“ mit Hilfen einspringen.

Zweimal wurde im abgelaufenen Jahr die Bevölkerung zur Wahlurne gerufen. Bei der Europawahl am 10. Juni – der ersten

Direktwahl zum Europäischen Parlament – entfielen in Baden-Württemberg auf die CDU 52,3%, auf die SPD 34,3% und auf die F.D.P. 8,1% der gültigen Stimmen. Die Umweltschützer, die unter der Bezeichnung „Die Grünen“ erstmals an einer Parlamentswahl in Baden-Württemberg teilnahmen, erhielten 4,5%. Allerdings beteiligten sich lediglich 3,7 der 6,3 Mill. Wahlberechtigten an dieser Wahl, das sind 59%.

Am 28. Oktober wurden in Baden-Württemberg die Kreisräte neu gewählt. Die gleichzeitig vorgesehene Wahl der Gemeinde- und Ortschaftsräte mußte verschoben werden, da der Staatsgerichtshof das bisherige Verfahren der „unechten Teilortswahl“ für verfassungswidrig erklärt hatte. Kommunalwahlen fanden daher nur in den 35 Landkreisen des Landes statt. Die Wahlbeteiligung lag mit 51,1% noch unter derjenigen bei der Europawahl. Von den gleichwertigen Stimmen erhielt die CDU 47,3, die SPD 28,1 und die F.D.P. 4,8%. Gegenüber der Kreistagswahl von 1973 gewannen CDU und SPD 0,8 bzw. 1,6%-Punkte hinzu. Die F.D.P. büßte 0,4%-Punkte ein. Gemeinsame Wahlvorschläge von CDU und Freien Wählervereinigungen erhielten einen Stimmenanteil von 1,5%; gemeinsame Wahlvorschläge von F.D.P. und Freien Wählervereinigungen 3,3%. Auf „Die Grünen“ und ähnliche Gruppierungen entfielen 0,8%, auf sonstige Freie Wählervereinigungen und Einzelbewerber 13,9% der Stimmen.

Wieder positive Bevölkerungsbilanz bei den Deutschen

Die Bevölkerungsentwicklung zeigt 1979 eine steigende Tendenz, die deutlich stärker ausfällt als 1978. Die zu erwartende Erhöhung um 33 000 Einwohner auf insgesamt 9,17 Mill. beruht im wesentlichen auf der Zunahme der Ausländer um ca. 29 000 auf insgesamt 858 000 Personen. Hierbei sind 3500 Ausländer in Abzug gebracht, die die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Im Sog der wieder auflebenden Wirtschaftskonjunktur und der damit verbundenen steigenden Nachfrage nach gewerblichen Arbeitskräften, insbesondere beim Bau sowie im Hotel- und Gaststättenbereich, hat sich der Zuzug von Erwerbspersonen aus dem Ausland wieder verstärkt. Außerdem ist bemerkenswert, daß in letzter Zeit zugezogene ausländische Arbeitnehmer verstärkt ihre Familien mitgebracht und auch bereits ansässige erwerbstätige Ausländer ihre Familienangehörigen nachgeholt haben. Während früher ca. drei arbeitende Ausländer auf einen nicht arbeitenden Familienangehörigen entfielen, liegt das Verhältnis jetzt nahezu bei 1:1. Im Hinblick auf die Zuwanderungen ist die von der Landesregierung zugesagte Aufnahmequote von 3600 Vietnam-Flüchtlingen erwähnenswert, die angesichts der Ereignisse in Südostasien ausgeschöpft werden dürfte. Im Berichtsjahr wird sich die ausländische Bevölkerung infolge eines nach wie vor hohen Geburtenüberschusses von ca. 14 500 Personen und eines Wanderungsüberschusses von rund 18 000 Personen um etwa 29 000 erhöhen. Diesen beiden genannten Entwicklungskomponenten steht eine gegenläufige in Form von 3500 Ausbürgerungen, d. h. Annahmen der deutschen Staatsangehörigkeit, gegenüber. Die Gesamtzahl der Ausländer liegt derzeit bei 858 000. Zwar zeigt die Beobachtung, daß sich die Ausländer in ihrem generativen Verhalten mehr und mehr den deutschen Verhältnissen angleichen, doch ist auch bei weiter sinkender Fruchtbarkeit mit einem hohen Anteil von Geburtenüberschüssen zu rechnen.

Nach wie vor steht bei der *deutschen* Bevölkerung die natürliche Bevölkerungsbewegung im Mittelpunkt der Erörterungen.

Der seit Mitte der 60er Jahre beobachtete Geburtenrückgang hat sich 1979 nicht fortgesetzt. Die Zahl der Lebendgeborenen dürfte bei 76000, die der Gestorbenen bei 89500 liegen, woraus sich ein Geburtendefizit von etwa 13500 ergibt. Diesem Geburtendefizit wird ein Wanderungsgewinn von 14000 Deutschen gegenüber stehen. Hinzuzurechnen sind ca. 3500 Einbürgerungen von Ausländern, so daß bei der deutschen Bevölkerung mit einer Zunahme von rund 4000 Personen auf insgesamt 8,313 Mill. gerechnet werden kann.

Eine wichtige Ursache für die sinkende Fruchtbarkeit bei der deutschen Bevölkerung bildete bisher der seit Jahren zu beobachtende Wandel in der Familienstandsstruktur. Besonders auffallend war die laufende Abnahme der Verheiratetenquote der 18- bis 35jährigen. Dieser Entwicklung stand lange Jahre eine wachsende Zahl von Scheidungen gegenüber. Die Mitte 1977 wirksam gewordene Umgestaltung des Scheidungsrechts hatte zwar zunächst dazu geführt, daß die Zahl der Ehescheidungen schlagartig zurückging. Im Verlaufe der Anpassungen an die neuen gesetzlichen Grundlagen ist die Zahl der Scheidungen 1978 und 1979 wieder angewachsen, doch ist eine genauere Trendbeobachtung infolge der weiterhin großen Zahl unerledigter Scheidungsfälle derzeit noch nicht möglich.

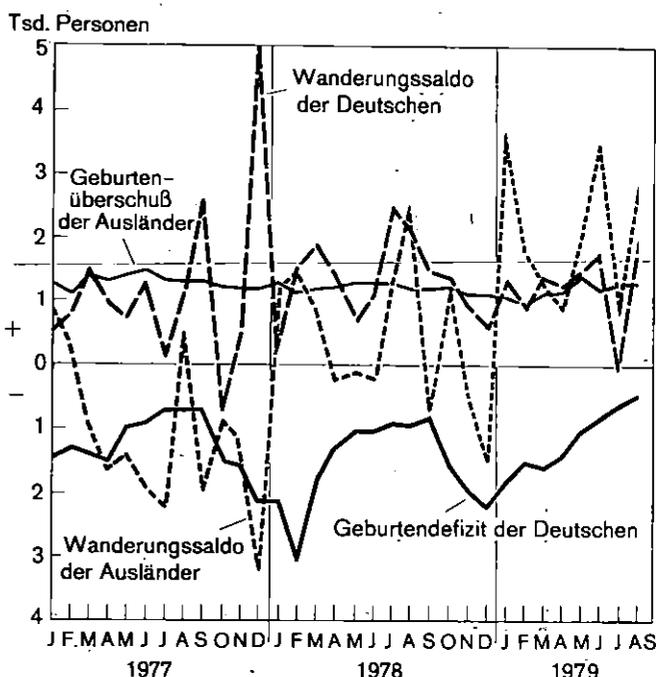
Gegenüber 9,3 Trauungen auf 1000 Einwohner zu Anfang der 60er Jahre war die Quote auf 5,1 im Jahr 1978 abgesunken. Seit Frühjahr 1979 sind nun erstmals wieder Zeichen eines Anstiegs zu beobachten. So wurden von Januar bis September 1979 38200 Heiraten registriert, das sind etwa 1900 (5,2%) mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Erst in einigen Monaten wird man unter anderem sagen können, ob die Steigerung nur bestimmte Altersgruppen betrifft, oder ob sich allgemein eine steigende Heiratsfreudigkeit einstellen wird.

Entwicklung im Bildungswesen

Im öffentlichen Schulbereich beträgt die Anzahl der Erstkläßler, die im Schuljahr 1979/80 die Grundschule besuchen, rund 104000. Die Zahl liegt um 8% niedriger als im Vorjahr. Die schon seit 1973 laufend geringer werdende Stärke der Einschulungsjahrgänge ist eine Auswirkung der zurückgehenden Geburtenzahlen. Während die Grund- und Hauptschulen ebenso wie die Sonderschulen abnehmende Schülerzahlen aufweisen, trat der Geburtenrückgang bei den Realschulen und Gymnasien nicht unmittelbar in Erscheinung, da von der Bevölkerung zunehmend eine höhere Schulbildung für Jungen und Mädchen gleichermaßen angestrebt wird. Diese Tendenz zeigt sich darin, daß die Quote der Übergänge von den Grundschulen zu den Realschulen gegenüber dem Vorjahr von 29,1% auf 30% und zu den Gymnasien von 28,9% auf über 31%

Schaubild 1

Veränderung des Geburtenüberschusses, defizits (-) und des Wanderungssaldos



357 79

zunahm. Die Steigerung war somit in diesem Jahr bei den Gymnasien noch ausgeprägter als bei den Realschulen. Die Schülerzahl der öffentlichen Realschulen beträgt im Schuljahr 1979/80 252000, die der öffentlichen Gymnasien 313000. Gegenüber dem Vorjahr war eine Steigerung von 2% bzw. 4% zu verzeichnen. Im jetzt abgelaufenen Schuljahr 1978/79 haben 21000 Gymnasiasten das Abitur mit der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife bestanden. Neben den ersten Auswirkungen geburtenschwacher Jahrgänge war es in den Hauptschulen vor allem die steigende Zahl der Übergänge auf höhere Schulen, die zu einer weiteren Reduzierung der Schülerzahlen in den Hauptschulen um -6,5% auf nur noch 297600 im Schuljahr 1979/80 beitrug. In den Grundschulen war die Verringerung des Schülerbestands infolge der zunehmenden Auswirkungen des Geburtenrückgangs noch augenfälliger. Die gegenüber 1978/79 um 7,3% zurückgegangene Zahl der Grundschüler liegt nur noch bei 460000.

Tabelle 1
Bevölkerungsbewegung

Merkmal	1976			1977			1978			1979 ¹⁾		
	Per-sonen ins-gesamt	davon		Per-sonen ins-gesamt	davon		Per-sonen ins-gesamt	davon		Per-sonen ins-gesamt	davon	
		Deutsche	Aus-länder									
	Anzahl											
Geburten	95 492	76 653	18 839	90 981	74 236	16 745	89 924	73 895	16 029	92 000	76 000	16 000
Sterbefälle	94 426	92 945	1 481	90 517	89 018	1 499	93 987	92 576	1 411	91 000	89 500	1 500
Geburtenübers. bzw. -verlust (-)	1 066	-16 292	17 358	464	-14 782	15 246	-4 063	-18 681	14 618	1 000	-13 500	14 500
Zuzüge	211 451	113 669	97 752	229 704	120 153	109 551	237 097	122 525	114 572	240 000	115 000	125 000
Fortzüge	245 999	105 959	140 040	228 981	105 857	123 124	215 697	106 716	109 981	208 000	101 000	107 000
Wanderungssaldo	-34 548	7 740	-42 288	723	14 296	-13 573	+21 400	+15 809	+5 591	32 000	14 000	18 000
Ein- bzw. Ausbürgerung (-)	-	-	-	-	+ 1 711	- 1 711	-	+ 4 247	- 4 247	-	+ 3 500	- 3 500
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme (-)	-33 482	- 8 552	- 24 930	1 187	1 225	- 38	+17 337	+ 1 375	+15 962	33 000	4 000	29 000
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 119 266	8 305 983	813 283	9 120 453	8 307 208	813 245	9 137 790	8 308 583	829 207	9 171 000	8 313 000	858 000

¹⁾ Geschätzte Zahlen.

Nach den Unterlagen des Ministeriums für Kultus und Sport sank die Zahl der für Grund- und Hauptschulen zur Verfügung stehenden Lehrstellen gegenüber dem vergangenen Schuljahr von 34 603 auf 34 150, (-1,3%). Bei den Realschulen nahmen die Lehrstellen auf 12 148 (+2,2%) zu, bei den Gymnasien auf 16 608 (+4,8%). Auch die Sonderschulen konnten eine geringfügige Stellenvermehrung um 0,2% verbuchen; ihre Lehrerschaft lag zu Beginn des Schuljahres 1979/80 bei 6083. Bei anteilmäßiger Zuordnung der Schüler des integrierten Schulbereichs auf die traditionellen Schularten errechnen sich folgende Schüler-Lehrer-Relationen:

Schulart	Schüler je Lehrstelle ¹⁾	
	1978/79	1979/80
Grund- und Hauptschulen	23,6	22,4
Sonderschulen	9,1	8,5
Realschulen	21,6	21,1
Gymnasien	19,2	19,1

¹⁾ Ermittelt auf Grund der bereinigten Angaben im Staatshaushaltsplan; bei den Schülerzahlen des Schuljahres 1979/80 handelt es sich um vorläufige Ergebnisse.

Somit konnte bei allen Schularten eine leichte Verbesserung der allgemeinen Unterrichtssituation erzielt werden, die jedoch nur bei den Grund-, Haupt- und Sonderschulen über 5% betrug.

Infolge der gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegenen Studienneigung und der durch Einlösung früher erworbener Studienberechtigungen hinzukommenden Studienanfänger haben sich an den Universitäten rund 14 640 Abiturienten und damit 2,9% mehr als im Vorjahr (14 200) zur Aufnahme eines Studiums einschreiben lassen. Insgesamt liegt die Zahl der Studierenden, die im letzten Wintersemester an allen Hochschulen des Landes rund 140 000 betragen hatte, im Wintersemester 1979/80 bei 142 600 (+2,1%). Die Zunahme ist unter anderem auch auf die Umwidmung einiger Schulen zu Fachhochschulen zurückzuführen, die eine Erhöhung der Gesamtzahl der Fachhochschulen zur Folge hatte.

In den einzelnen Hochschulbereichen verlief die Entwicklung unterschiedlich: An den Pädagogischen Hochschulen nahm die Zahl der Studierenden erneut ab und zwar gegenüber dem letzten Wintersemester um etwa 6% auf 14 500; die übrigen Hochschulen verzeichneten Zunahmen, die bei den Universitäten und Kunsthochschulen rund 2%, bei den Fachhochschulen aber fast 9% betragen.

An den beruflichen Schulen des Landes wurden im Schuljahr 1978/79 385 000 Schüler unterrichtet, davon über 133 000 an Vollzeitschulen, wo die Schülerzahlen seit 1970 um rund 75% gestiegen sind. Die geburtenstarken Jahrgänge und ein erhöhtes Lehrstellenangebot bewirkten in diesem Jahr einen kräftigen Schülerzuwachs an den Berufsschulen auf 251 000, der gegenüber dem Vorjahr mit 10% höher ausfiel als bei den beruflichen Vollzeitschulen (+7,2%). Bezieht man die im kooperativen Berufsgrundbildungsjahr ausgebildeten Jugendlichen mit ein, hat die Zahl der Schüler im dualen System gegenüber dem Vorjahr um fast 11% zugenommen. Im Schuljahr 1978/79 konnten bereits 37% der neu eingetretenen Berufsschüler einen mittleren oder höheren Schulabschluß vorweisen gegenüber 13,5% im Schuljahr 1972. Parallel hierzu sank die Zahl jener Jugendlichen, die als Jungarbeiter oder Beschäftigungslose in den öffentlichen Berufsschulen unterrichtet werden, von 1970 um gut 30% auf knapp 25 000 im Schuljahr 1978/79. Unter diesen Schülern befanden sich rund 6000 ausländische Jugendliche, bei denen vor allem Türken und Italiener nur schwer in ein Lehrverhältnis zu vermitteln sind.

Deutlich zeigen sich die oben genannten Tendenzen auch in den Ergebnissen der jährlichen Befragung von Schulabgängern, deren Zahl gegenüber dem Vorjahr um 5,7% auf 167 800 angestiegen ist. Der Anteil der Lehrstellenbewerber, die 8 bis 10 Wochen vor Schuljahresende über einen gesicherten Ausbildungsplatz verfügten, ist von 73% im Jahre 1977 auf über 83% im Jahre 1979 gestiegen. Parallel hierzu zeigt sich eine fortlau-

fende Verbesserung des schulischen Vorbildungsniveaus der Ausbildungswilligen und eine erfreuliche Reduzierung der Zahl jener Jugendlichen, die im Anschluß an die Schule auf jegliche weitere Ausbildung verzichten wollen.

Eine Sonderuntersuchung über ausländische Schüler ergab, daß die Wiederholerquote bei Ausländern fast dreimal so hoch liegt wie bei den Deutschen. Zwar zeigt auch der Anteil der ausländischen Jugendlichen mit Hauptschulabschlüssen steigende Tendenz, doch hat gleichzeitig die Quote der ausländischen Sonderschüler einen überdurchschnittlich hohen Stand erreicht. Im Schuljahr 1978/79 befanden sich rund 14 200 ausländische Schüler an den öffentlichen und privaten beruflichen Schulen des Landes. Die meisten unter ihnen besuchten die Teilzeitberufsschulen, wo die Jungen vorwiegend die gewerblichen und die Mädchen die haus- und landwirtschaftlichen Sparten durchliefen. Die Erfolgsquote der ausländischen Berufsschulabgänger liegt jedoch noch immer wesentlich unter dem Durchschnitt, so daß es auch in Zukunft intensiver Bemühungen bedarf, um die besonderen Schwierigkeiten der Ausländerkinder zu erleichtern.

Kaum noch Arbeitslosigkeit – aber Verhärtung bei den Problemgruppen

Die Entwicklung zu einer hochkonjunkturellen Situation im Ablauf dieses Jahres fand ihren Niederschlag in dem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote auf 1,9% im Oktober 1979 gegenüber 2,3% im Oktober 1978. Die Quote ist somit nach einem halben Jahrzehnt erstmals etwa wieder auf den Wert zurückgefallen, den sie im Herbst 1974 zu Beginn der großen Rezession in raschem Tempo überschritten hatte, um bis Januar 1976 auf die doppelte Höhe (4,4%) anzusteigen. Die Zahl der Arbeitslosen hatte damals mit 155 800 ihren Gipfelpunkt erreicht und ist bis Oktober 1979 wieder auf 68 800 abgesunken. Schon im ersten Quartal des Jahres war trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse eine deutliche Besserung der Lage gegenüber 1978 eingetreten. Im Februar lag die Zahl der Arbeitslosen bereits um 18,8% unter dem Vorjahreswert. In den folgenden Monaten ging sie weiter zurück und erreichte im Juni den tiefsten Stand des Jahres 1979, wobei vorübergehend erstmals seit rund fünf Jahren wieder mehr offene Stellen (68 200) als Arbeitslose (63 800) zu verzeichnen waren. Unter dem Einfluß der Urlaubszeit stieg die Arbeitslosenquote im Juli und August erneut etwas an, während die Zahl der offenen Stellen wieder abnahm. Bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Sommermonaten spielte ferner die Beendigung der Ausbildungsgänge in Schulen und Betrieben eine Rolle. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 1979 betrug die Zahl der Arbeitslosen 75 200. Sie lag um 18,2% unter dem Vorjahresniveau. Die durchschnittliche Zahl der Kurzarbeiter belief sich im gleichen Zeitraum auf 11 900 und ist gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis sogar um 48,2% zurückgegangen. Den tiefsten Stand erreichte die Zahl der Kurzarbeiter mit 3900 im Oktober dieses Jahres. Das Vorjahresergebnis wurde in diesem Monat um 81,9% unterschritten. Auch die Entwicklung der offenen Stellen ergab im ganzen ein erfreuliches Bild. Im Durchschnitt lag ihre Zahl bei 59 100 und übertraf somit das Vorjahresniveau (48 100) um 25,3%. Nach raschem Anstieg in der ersten Jahreshälfte setzte inzwischen allerdings wieder eine etwas rückläufige Bewegung des Stellenangebots ein. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer betrug im Oktober 13 000 und war um 10% niedriger als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt betrug der Rückgang 13,5%, also weniger als bei allen Arbeitslosen. Vergleicht man die Landesergebnisse mit der Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet, so schneidet Baden-Württemberg recht günstig ab: Von Januar bis Oktober ergab sich für den Bund ein Arbeitslosenniveau von 878 000 und damit ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 11,7%. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober immerhin noch 3,3%. Die Kurzarbeiterzahl, die 1978 im Bund noch einen relativ hohen Stand aufwies, verringerte sich in größerem Umfang (-55%) als in Baden-Württemberg. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen lag

Tabelle 2
Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung 1979

Nachweis	Einheit	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.
Offene Stellen (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl Veränd. zum Vorjahr in %	48 163 + 18,0	52 942 + 23,2	56 886 + 23,3	60 125 + 23,0	63 784 + 29,6	68 165 + 29,5	67 579 + 32,3	65 363 + 26,5	60 762 + 23,0	59 079 + 21,8	56 191 + 21,1
Arbeitslose (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl Veränd. zum Vorjahr in %	100 541 - 9,4	91 511 - 18,8	78 452 - 20,0	74 007 - 19,5	66 227 - 21,1	63 763 - 25,1	68 331 - 23,7	74 317 - 13,5	66 484 - 15,6	68 764 - 17,0	71 502 - 15,8
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeitarbeit)	%	2,8	2,6	2,2	2,1	1,9	1,8	1,9	2,1	1,9	1,9	2,0
Kurzarbeiter	Anzahl Veränd. zum Vorjahr in %	15 920 - 52,9	15 911 - 50,6	18 673 - 32,6	21 230 - 24,2	17 110 - 37,9	10 456 - 49,8	6 316 - 26,9	4 152 - 65,4	5 669 - 68,4	3 923 - 81,9	5 475 - 71,6

durchschnittlich bei 312 000, die Zunahme gegenüber dem Vorjahr belief sich auf 24,3% und war somit etwas geringer als in unserem Land. Ende Oktober 1979 kamen auf eine offene Stelle noch 2,5, in Baden-Württemberg dagegen nur noch 1,2 Arbeitslose.

Rein rechnerisch sieht es demnach so aus, als ob sich am Arbeitsmarkt des Landes Angebot und Nachfrage vollends einpendeln würden. Doch zeigt die nähere Betrachtung, daß wichtige Teilbereiche des Arbeitsmarktes hiervon noch entfernt sind. So verlief der Abbau der Arbeitslosigkeit bei den *Frauen* (-16,5%) im allgemeinen zögernder als bei den Männern (-20,4%), so daß sich im Schnitt ein Verhältnis von 43 000 arbeitslosen Frauen gegenüber 32 300 arbeitslosen Männern ergab. Die Arbeitslosenquote der Frauen war im Oktober mit 2,9% mehr als doppelt so hoch wie die der Männer (1,3%). Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen hat sich im Zuge dieser Entwicklung auf 59,3% erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß fast ein Drittel der Frauen nur an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert sind. Im Oktober standen einem Angebot von 4500 offenen Stellen für Teilzeitarbeit 13 200 Frauen gegenüber, die eine Teilzeitbeschäftigung suchten. Die Betrachtung der einzelnen Berufe, auf die sich die Frauenarbeit vorwiegend konzentriert, gibt wichtige Aufschlüsse über die Strukturprobleme. Im Bereich der Angestelltenberufe, denen die Waren- und Dienstleistungskaufleute, Verkaufsberufe, Lagerverwalter, Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe zuzurechnen sind, waren Ende September wieder besonders viele Arbeitslose gemeldet (20 000). Hiervon waren 12 600 Frauen, unter denen 5800 nur Teilzeitarbeit wünschten. Die Zahl der gleichzeitig angebotenen offenen Stellen betrug in diesem Sektor insgesamt 14 100, so daß von der Zahl her gesehen ein weitgehender Ausgleich hätte möglich sein können.

Da sich jedoch unter 7700 für Frauen in Betracht kommenden Stellen nur 1600 Teilzeitarbeitsplätze befanden, blieben die Vermittlungsbemühungen sowohl für die Angebotsseite als auch für die Nachfrageseite in vielen Fällen erfolglos. Im Textil- und Bekleidungs-gewerbe, den weiteren Domänen weiblicher Erwerbstätigkeit, sowie in vielen Bereichen der Metallindustrie und im Berufssektor der Warenprüfer und Versandfertigmacher war die Zahl der Arbeitssuchenden ebenfalls besonders groß.

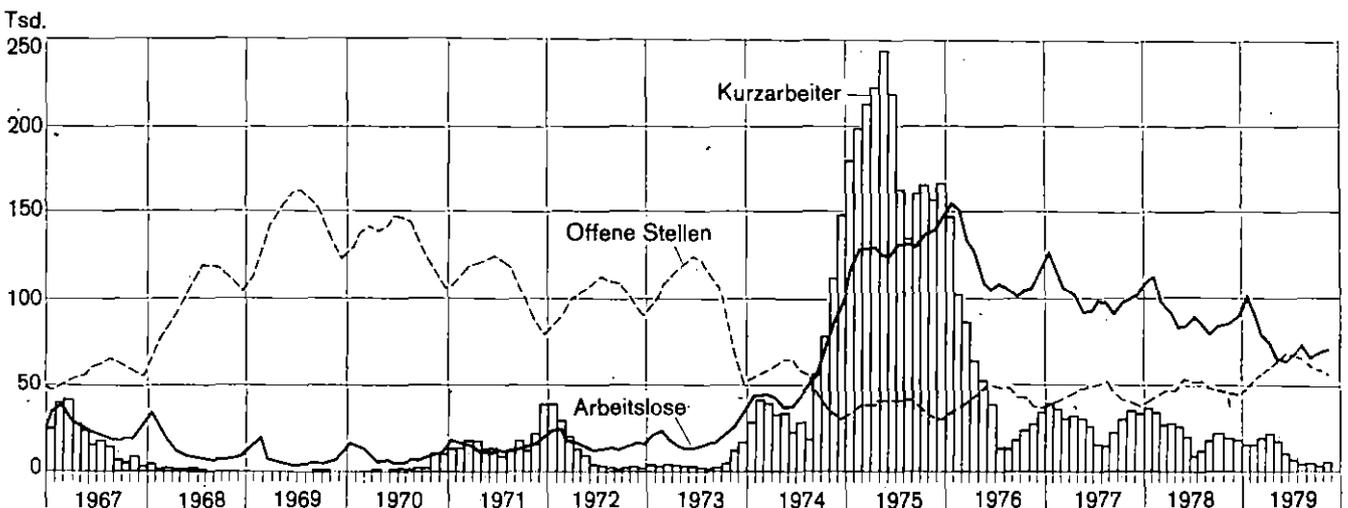
Die Zahl der Arbeitslosen unter 20 Jahren belief sich Ende Oktober 1979 auf 5726. Dies bedeutet einen Rückgang von 22% gegenüber Oktober 1978 und zeigt, daß es möglich war, die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit weithin in den Griff zu bekommen.

Die gemeinsamen Anstrengungen von Wirtschaft, Kammern, Arbeitsverwaltung und Landesregierung haben auch im laufenden Jahr dazu beigetragen, daß die Zahl der sicheren Ausbildungsplätze weiter erhöht werden konnte.

Nach vorläufigen Meldungen sind in diesem Jahr bereits 93 000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen worden. Ihre Zahl dürfte sich noch weiter erhöhen, so daß gegenüber 1978 mit einem Zuwachs von rund 7% gerechnet werden kann. Gegenüber 1976, dem letzten Jahr vor Beginn der starken Entlassungsjahrgänge, beträgt die Steigerung sogar 32%. Die Zahl der unversorgten Bewerber dürfte 1979 beträchtlich unter 2000 bleiben; dem steht andererseits ein Angebot von etwa 6000 offenen Ausbildungsstellen gegenüber, davon 3000 im Bereich der Bauberufe.

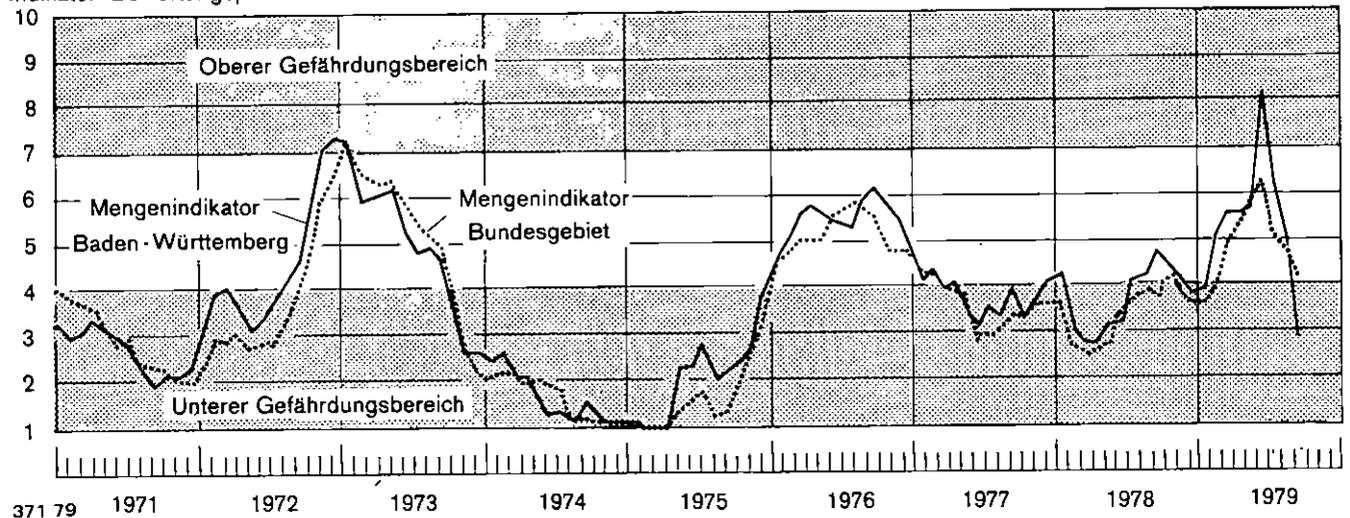
Zur Bewältigung des Ausbildungsproblems hat auch das Lehrstellenförderungsprogramm der Landesregierung beigetragen, das die Unterbringung von Jugendlichen in bestimmten Problemsituationen erleichtern soll. Bis Ende September waren bereits Anträge für rund 9200 Ausbildungsplätze eingegangen.

Schaubild 2
Entwicklung des Arbeitsmarktes



Mengenindikator

Indikator - Bewertungspunkte



Außerordentlich unbefriedigend ist die immer noch überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit der gesundheitlich beeinträchtigten und älteren Arbeitnehmer. Trotz intensiver Integrationsbemühungen der Arbeitsämter hat die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr bis Oktober durchschnittlich um 10,9% zugenommen. Bei den Personen im Alter von 59 und mehr Jahren betrug die Erhöhung sogar 17,8%. Beide Problemgruppen umfaßten im laufenden Jahr jeweils über 4000 Personen, ohne daß sich die Aussicht auf eine Lösung für sie abzeichnet.

Im Landesdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote Ende Oktober 1979 bei 1,9%. In 9 der 24 Arbeitsamtsbezirke wies sie einen höheren Stand auf. Mit 3,1% lag Mannheim, gefolgt von Heidelberg mit 2,8%, an der Spitze. Am niedrigsten war die Quote in den Bezirken Nagold (1,1%), Waiblingen, Göppingen und Schwäbisch Hall (je 1,3%), Balingen (1,4%), Stuttgart und Ravensburg (je 1,5%). Dabei waren in den Arbeitsamtsbezirken Nagold und Stuttgart bereits mehr als doppelt so viele offene Stellen als Arbeitslose gemeldet. Auch in den Bezirken Schwäbisch Hall, Göppingen, Tauberbischofsheim und Waiblingen überwogen bereits die offenen Stellen gegenüber den Arbeitslosen.

Expansive Konjunktorentwicklung

Die Stärke und Dynamik der expansiven Wirtschaftsentwicklung im abgelaufenen Jahr war zum Jahreswechsel nicht absehbar gewesen. Die erfreuliche Belegung von Auftragseingang und Produktion im dritten Quartal 1978 hatte zum Jahresende nachgelassen, was auch in den Januar 1979 hineinwirkte. Entsprechend bewegte sich der vom Statistischen Landesamt berechnete Gesamtkonjunkturindikator mit 3,8 Indexpunkten im unteren Drittel seiner möglichen Skala. Zum Februar schnellte er auf 5,1 hoch, verursacht durch eine auf breiter Front einsetzende Belegung: So stiegen die Auftragseingänge in den großen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes gegenüber dem Vorjahresmonat erheblich, im Durchschnitt um 10,8%, was getragen wurde von einer erfreulichen Inlandsnachfrage (+ 7,4%) und einer überdurchschnittlich starken Auslandsnachfrage (+ 18,3%). Gleichzeitig sprang mit einem Zuwachs von 6,3% die Produktion an, im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie besonders stark (14,3%). Während zum März die Auftragseingänge wieder etwas nachgaben, zog die Produktion weiter an, insbesondere im Investitionsgüterbereich. Zusammen mit einer in diesem Monat besseren Beurteilung der Fertigwarenlager führte dies zu einem weiteren Anstieg des Gesamtindikators auf 5,6 Indexpunkte. Dieses hohe konjunkturelle Niveau konnte in den folgenden Monaten bei allerdings unterschiedlichen Schwerpunkten je nach Merkmal und Monat gehalten werden. Heraus ragt der Juniwert mit 8,1,

der damit als erster Wert in den 70er Jahren deutlich im oberen Drittel der Skala liegt. Ursächlich sind die sehr hohen Zunahmen des Auftragseingangs im gesamten Verarbeitenden Gewerbe im Mai und Juli mit im Durchschnitt + 12,5% und 26,6% sowie die gleichfalls sehr starken Produktionszunahmen im Juni und Juli (+ 14,2% bzw. 36,6%). Die extremen Zunahmen im Juli ergeben sich allerdings auch durch das Ferientief im Vorjahr; entsprechend verzeichnet der diesjährige Ferienmonat August durchgehend starke Rückgänge gegenüber dem Vorjahr. Allerdings erreicht auch der September das Vorjahresergebnis bei den Auftragseingängen nicht und bei der Produktion nur knapp. Entsprechend ermäßigt sich der Konjunkturindikator im August auf 5,0 Punkte.

Das Anziehen der Auslandsnachfrage, das sich 1978 nach einem enttäuschenden ersten Halbjahr im zweiten Halbjahr abzeichnete, setzte sich dann 1979 deutlich fort. Im Verarbeitenden Gewerbe lag die ausländische Ordertätigkeit im Zeitraum Januar bis September preisbereinigt um 6,6% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, bei allerdings von Quartal zu Quartal abnehmenden Raten. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich schwächer und lag um 2,4% über dem Vorjahresergebnis, 1978 waren es 4,1% gewesen. Insgesamt lag die Nachfrage unter Berücksichtigung der Preisveränderungen mit 3,9% über dem Vorjahr, bei 6,6% im ersten, 2,9% im zweiten und 2,2% im dritten Quartal. Dieses Absinken der Zuwachsraten zwischen den Quartalen vollzog sich übereinstimmend sowohl im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wie auch im Investitionsgüter- und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe.

Allerdings vermitteln die relativ mäßigen und gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig unterschiedlichen Gesamtveränderungsraten kein zutreffendes Bild von der Heterogenität der Entwicklung zwischen den Branchen einerseits, der sich in zum Teil zweistelligen Wachstumsraten äußernden Dynamik vieler Branchen – besonders des Investitionsgütersektors – andererseits. Die Steigerung der Nachfrage um nur 3,9% (Januar bis September) dieses durch Expansion gekennzeichneten Jahres beruht auf der nur geringfügigen Zunahme des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (+ 2,2%), die ihrerseits ausschließlich auf die negative Entwicklung im Straßenfahrzeugbau (- 16%) zurückgeht. Diese ist wiederum durch den Rückgang bei der Nachfrage nach Personenkraftwagen (- 23,3%; im Inland: - 40%) bedingt, wogegen Lastkraftwagen verstärkt nachgefragt werden (+ 5,9%), vor allem aus dem Inland (+ 21,2%). Da die Herstellung von Pkw's in Baden-Württemberg ein außerordentlich hohes Gewicht hat, schlägt die Sonderentwicklung dieses Bereiches letztlich bis zur Gesamtindustrie durch. Die Beurteilung dieser Entwicklung ist, folgt man den Meinungsäußerungen von Instituten, nicht einheitlich. Die Automobilindustrie interpretiert dies zur Zeit noch als die erwartete Normalisierung nach einem langanhaltenden Boom.

Alle anderen bedeutenden Branchen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes verzeichneten eine stark dynamische Entwicklung – speziell auch in ihren investiven Sparten – im Gegensatz zur heterogenen Branchenentwicklung der beiden anderen Bereiche. Damit kann zur Charakterisierung dieses Aufschwungs zutreffend von einer Investitionsgüterkonjunktur gesprochen werden, auf die sich die Erwartung einer über eine gewisse Zeit sich selbsttragenden Dynamik richtet. Dies um so mehr, als hier durchgehend auch die inländische Nachfrage sehr stark ist. So verzeichneten im Zeitraum Januar bis September 1979 fast alle Sparten des Maschinenbaus (+ 11,2%), wie zum Beispiel die Herstellung von Metallbearbeitungsmaschinen (+ 21%), von Bau-, Baustoff- und ähnlichen Maschinen (+ 16%) und von Maschinen für bestimmte Wirtschaftszweige (+ 14%, Inland: + 37%) eine intensive Nachfrageentwicklung.

Mit dieser Einheitlichkeit entwickeln sich weder Branchen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes noch die des Verbrauchsgütergewerbes, obwohl beide Bereiche mit 8,6 bzw. 4,7% eine im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe (+ 3,9%) überdurchschnittliche Nachfrage aufzuweisen haben.

Das Anziehen der industriellen Produktion in den letzten Monaten des Vorjahres setzte sich, von einer Stagnation im Januar nur kurz unterbrochen, nach 1979 hin fort. Die Produktion folgte damit der günstigen Auftragslage. Im Zeitraum Januar bis September stieg die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe um 6,6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, wobei einem guten, durch den streikbedingten Produktionsausfall 1978 besonders begünstigten ersten Quartal (+ 6,8%) ein noch besseres zweites Quartal (+ 9,4%) und zwar durchgehend in allen Bereichen und Branchen folgte. Die Zunahme des dritten Quartals reduzierte sich auf 3,4%, neben den Auswirkungen der Ferienzeit nicht zuletzt hervorgerufen durch eine Stagnation im September. Diese beruht auf einem kleinen Produktionsrückgang im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe. Hier wirkt sich zwar auch der Abbau der hohen Produktionszunahmen beim Straßenfahrzeugbau aus (erstes Quartal: + 17,3%, zweites Quartal: + 16,6%, drittes Quartal: + 4,0%, September: - 2,8%), doch verzeichnen auch die anderen bedeutenden Branchen wie der Maschinenbau (- 6,3%) und die Elektrotechnik (- 3,8%) Rückgänge im September. Im Gesamtzeitraum Januar bis September entwickelten sich das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit Produktionszunahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 8,7% bzw. 7,4% überdurchschnittlich.

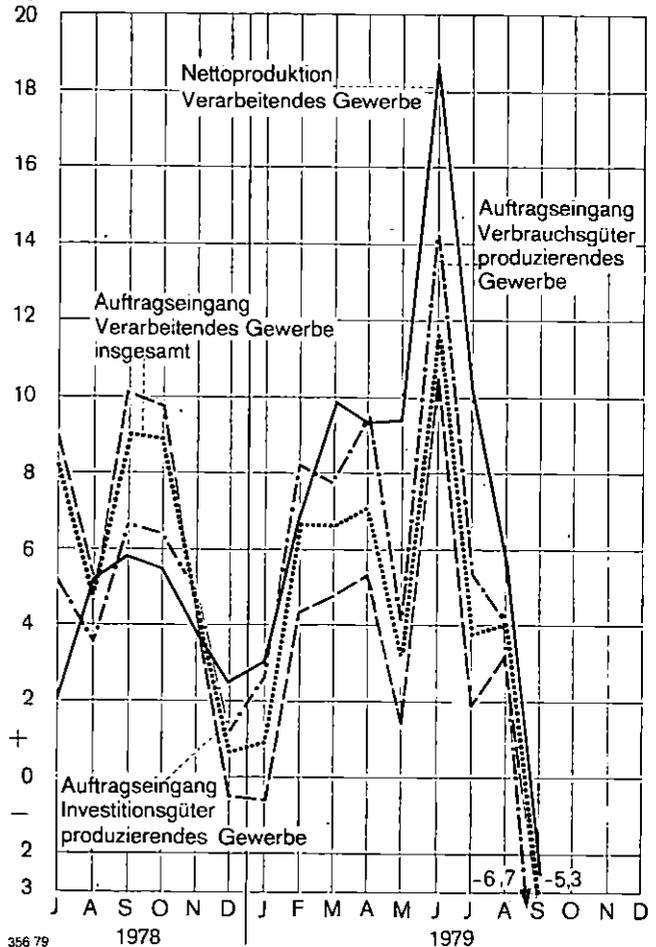
Trotz der guten Produktions- und Auftragseingangslage erhöhte sich die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe im Zeitraum Januar bis September 1979 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nur geringfügig um gut 13 000 Personen auf 1,441 Millionen. Diese bescheidene Zunahme von 0,9% in Verbindung mit dem gleichzeitig sehr viel höheren Produktionsanstieg (+ 6,6%) bringt die durch die Investitionen der letzten Jahre entstandenen Rationalisierungsspielräume plastisch zum Ausdruck. Die Lohn- und Gehaltssumme erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 8,2%, diejenige je Beschäftigten um 7,1%. Der Gesamtumsatz lag bei 125,3 Mrd. DM und überstieg das Vorjahresergebnis um 10,6%. Die Exportquote stieg in diesem Zeitraum auf 25,3%.

Das Handwerk, das zu Jahresbeginn über 750 000 Beschäftigte zählte, konnte wie das gesamte Verarbeitende Gewerbe eine verbesserte Auftrags- und Beschäftigungslage verzeichnen. In einigen Handwerkszweigen, so im Bauhandwerk, im Ausbauhandwerk und bei den Holzverarbeitenden Betrieben machte sich, wenn auch in regional unterschiedlichem Ausmaß, ein akuter Arbeitskräftemangel bemerkbar. Zu Beginn des Jahres waren im Handwerk 82 500 Auszubildende registriert; dies sind 37,1% aller Auszubildenden im Lande. Nach Mitteilung der Handwerkskammern hat das Handwerk in diesem Jahr rund 33 000 Auszubildende neu aufgenommen, 7% mehr als im Vorjahr. Rund 22% der in Handwerksberufen ausgebildeten Jugendlichen sind bereits Mädchen.

Schaubild 4

Entwicklung des Auftragseingangs (Volumenindex) und der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe

Veränderung zum Vorjahr in %, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

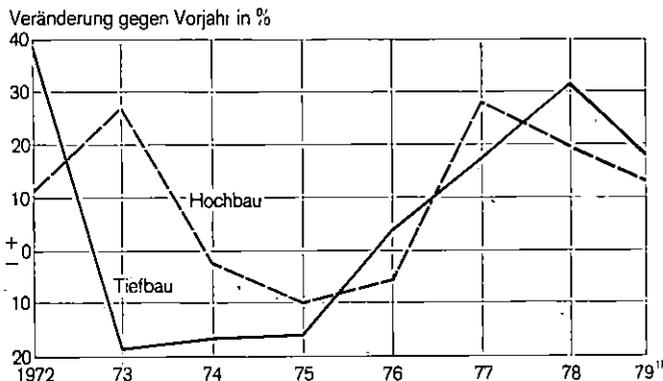


Hohe Bauproduktion und Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe

Die Lage der Bauwirtschaft war um die Jahresmitte seit längerer Zeit wieder von einer rückläufigen Baunachfrage gekennzeichnet, die sich in den Monaten Juli und August in einem Rückgang der Auftragseingänge von 15 bzw. 14% zum jeweils entsprechenden Vormonat niederschlug. Da diese Entwicklung allerdings von dem sehr hohen Niveau der Junidaten ausging, lagen die Auftragseingänge im Juli immer noch um 27,8% über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresmonats. Erst der weitere Rückgang im August führte schließlich zu einem Index der Auftragseingänge, der um 9% unter dem vergleichbaren Vorjahreswert lag. Die aufgrund dieser Entwicklung befürchtete Tendenzwende in der Bauwirtschaft ist bisher jedoch ausgeblieben, nachdem die Septemberwerte wieder ein starkes Anziehen der Auftragseingänge (+ 31% zum Vormonat) angezeigten hatten, so daß die Auftragseingänge im September 1979 fast den Wert des vergleichbaren Vorjahresmonats erreichten. Indes ergeben sich bei Betrachtung nach einzelnen Bereichen Unterschiede in den Entwicklungsverläufen. Während sich beim Hochbau in den ersten drei Quartalen insgesamt ein Plus beim Auftragseingang gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 14,6% ergab, schnitt der quantitativ bedeutendste Teil des Hochbaus, der Wohnungsbau, der den stärksten Rückgang an Auftragseingängen zu verzeichnen hatte, mit 10% unterdurchschnittlich ab. Diese Entwicklung ist ausschließlich auf das 3. Quartal zurückzuführen, in dem ein Rückgang der Auftragseingänge im Wohnungsbau von fast 10% eintrat. Die von der

Schaubild 5

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



1) Januar bis Oktober.

361 79

Bundesbank eingeleitete Hochzinspolitik, in Verbindung mit starken Preissteigerungen, dürfte diese Entspannung im Wohnungsbau mit herbeigeführt haben. So stiegen die Baupreise für Wohngebäude 1979 ausgehend von ihrem hohen vorjährigen Niveau weiter, der Preisanstieg erreichte im August nahezu die 10-Prozent-Marke.

Um die Wohnsituation der Bevölkerung zu verbessern und insbesondere der regional unterschiedlichen Wohnungsversorgung Rechnung zu tragen, wurde von der Landesregierung ein mittelfristiges Programm für die Stadt- und Dorfentwicklung vorgelegt, welches mit einem Volumen von 1,5 Mrd. DM in der ersten Hälfte der achtziger Jahre gezielt Schwerpunktprobleme der Städte- und Wohnungsbaupolitik in Angriff nehmen soll. Zusätzlich soll der Schwerpunkt des Landeswohnungsbauprogramms im Sozialen Wohnungsbau liegen, für den allein 245 Mill. DM bereitgestellt wurden und der vor allem den älteren und kinderreichen Familien, jungen Ehepaaren, unvollständigen Familien und Spätaussiedlern zugute kommen soll. Im Gegensatz zum Wohnungsbau erreichten der gewerbliche und industrielle Hochbau mit einem Zuwachs der Auftragseingänge in den drei Quartalen von 21,3% und die Hochbauaufträge der Gebietskörperschaften von 19,2% ein überdurchschnittliches Ergebnis. Der Tiefbau, dessen Aufträge zu über neun Zehnteln von der öffentlichen Hand bestimmt werden, hat mit einer Zunahme an Auftragseingängen in den ersten drei Quartalen von 19% ebenfalls eine beachtliche Steigerung aufzuweisen, die in ihrer Größenordnung dem letztjährigen Zuwachs

Tabelle 3

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1979

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Monat Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe ins- gesamt	Hochbau				Tiefbau			
		ins- gesamt	darunter			ins- gesamt	darunter		
			Wohnungs- bau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾		Straßenbau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾
Januar	6,1	14,6	10,7	28,4	0,1	- 8,4	5,8	- 22,0	- 12,1
Februar	35,2	35,8	9,6	95,6	28,7	34,0	46,2	- 11,2	23,1
März	32,4	25,0	27,3	0,5	66,6	43,5	60,3	52,6	13,6
1. Vierteljahr	26,4	25,7	17,5	34,0	34,7	27,6	45,5	5,8	8,8
April	27,4	17,8	19,9	25,5	5,0	43,8	28,9	26,6	66,4
Mai	18,8	9,5	18,5	- 19,8	50,0	34,8	30,6	- 0,7	44,6
Juni	17,9	20,7	33,5	17,2	- 1,6	13,8	- 5,0	- 14,6	42,8
2. Vierteljahr	21,2	16,1	24,6	5,3	14,9	29,4	15,6	- 0,5	51,2
1. Halbjahr	23,5	20,3	21,4	17,2	23,7	28,7	26,0	2,5	30,3
Juli	27,8	24,0	- 2,3	54,7	53,8	33,4	19,8	102,0	39,7
August	- 9,2	- 0,9	- 16,8	8,4	24,3	- 20,6	- 21,8	6,4	- 20,5
September	- 0,7	- 3,5	- 9,2	28,2	- 15,9	3,9	- 8,7	27,8	10,5
3. Vierteljahr	4,3	4,8	- 9,7	29,7	12,7	3,3	- 5,9	42,0	9,0
Januar bis September	16,2	14,6	10,0	21,3	19,2	18,8	12,8	15,1	22,4

1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie öffentliche Auftraggeber.

an Auftragseingängen entspricht. Die insgesamt positive Entwicklung im Tiefbau hat jedoch im 3. Quartal deutlich nachgelassen – insbesondere im Straßenbau – was wohl mit dem Auslaufen des Zukunftsinvestitionsprogramms zusammenhängen dürfte. Auch und gerade im Tiefbaubereich wird somit das Land zukünftig für eine Verstärkung der Nachfrage Sorge tragen müssen, wobei eine gewisse Entspannung und Normalisierung der Nachfrageseite im Hinblick auf Kapazitätsbeschränkungen – auch mit Blick auf die Baupreisentwicklung – durchaus als wünschenswert betrachtet werden kann.

Trotz der anhaltenden Beschränkungen, die einer Ausweitung der personellen Kapazität gesetzt sind, konnte durch eine weitere Erhöhung der Stundenproduktivitäten die Rohbauproduktion in den vergangenen drei Quartalen gesteigert werden. So ergab sich nach dem für Baden-Württemberg berechneten preisbereinigten Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe in diesem Zeitraum eine reale Zunahme der Hochbauproduktion von knapp 8% und der Tiefbauproduktion von gut 8%. Die Beschränkung der personellen Kapazitäten im Baubereich stellt nach wie vor die entscheidende Hauptschwierigkeit im Hinblick auf eine weitere Erhöhung der realen Bauproduktion und einer Eindämmung der Baupreise dar, was sich auch deutlich am Arbeitsmarkt aufzeigen läßt. Vor allem als Folge mangelnden Nachwuchses ist eine große Diskrepanz von Angebot und Nachfrage bei Baufacharbeitern festzustellen. So kommen im September 1979 rechnerisch auf einen arbeitslosen Baufacharbeiter 11 offene Stellen (September 1978: 9 offene Stellen). Bezieht man die Bauhilfsarbeiter mit ein, so kommen gegenwärtig auf einen Arbeitslosen im Bauhauptgewerbe sechs offene Stellen (September 1978: drei offene Stellen). In Anbetracht der gespannten Arbeitsmarktlage stieg auch der Index der Bruttostundenverdienste im Baugewerbe im 2. Quartal 1979 mit 7,4% zum entsprechenden Vorjahreszeitraum in stärkerem Maße als der Bruttostundenverdienst der Industriearbeiter ohne Baugewerbe, die nur 4,5% Verdienstverbesserungen aufzuweisen hatten.

Leichte Nachfragebelebung im Einzelhandel

Der Einzelhandel Baden-Württembergs konnte in den ersten neun Monaten des Jahres insgesamt gesehen eine leichte Nachfragebelebung verzeichnen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Umsatzsteigerung 7,3%, unter Berücksichtigung der innerhalb Jahresfrist eingetretenen Preissteigerungen entspricht dies einer realen Zunahme um 3,4%. Der in diesem Jahr geringere Anstieg der Realinkommen dürfte mit bewirkt haben, daß diese Zuwachsrate geringer ausfiel als in den ersten neun Monaten des Vorjahres (+ 4,3%). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Tendenz im ersten

Tabelle 4
Index der Einzelhandelsumsätze (1970 = 100)
 Veränderung gegen Vorjahr in %

Ausgewählte Wirtschaftsgruppen	Januar bis September 1979 ¹⁾	
	jeweiligen Preisen	in konstanten Preisen
Einzelhandel mit:		
Nahrungs- und Genußmitteln	+ 4,1	+ 3,0
Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	+ 4,1	- 0,2
Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz	+ 8,5	+ 4,8
Elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	+ 5,1	+ 1,6
Papierwaren und Druckerzeugnissen	+ 7,2	+ 4,9
Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen	+ 51,7	+ 12,3
Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen	+ 10,5	+ 6,9
Einzelhandel insgesamt	+ 7,3	+ 3,4

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Halbjahr zunächst noch günstiger erschien, da der reale Umsatzzuwachs noch 5,1% betrug. Nach einer noch zufriedenstellenden Entwicklung im Sommer fielen die Umsätze im September gegenüber dem bisherigen Verlauf deutlich ab, so daß im Zweimonatsvergleich August/September gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres ein Rückgang der realen Umsätze um 4,3% erfolgte, der insbesondere durch Zurückhaltung der Käufer bei Möbeln, Textilien und Kraftfahrzeugen bewirkt wurde. Die mäßige reale Umsatzsteigerung vollzog sich bei steigenden Einstands- und Verkaufspreisen. So lag der Index der Großhandelsverkaufspreise im Januar noch 1,6%, im September bereits 9,6% über dem Vorjahresstand. Geringer war der Preisaufrieb beim Einzelhandel, wo die jährliche Zuwachsrate von 2,6% im Januar auf 5,3% im September stieg. An der Spitze der Umsatzentwicklung stand in den ersten neun Monaten dieses Jahres der Einzelhandel mit Brennstoffen. Aufgrund

der explosionsartig gestiegenen Heizölpreise – sie lagen im September um 106% über dem Vorjahresniveau – kletterte die Zuwachsrate der Umsätze auf 65,5% was einer realen Zuwachsrate von immerhin 18,0% entspricht. Beträchtliche reale Zuwachsraten konnte zeitweise auch der Kraftfahrzeugeinzelhandel verbuchen. Im ersten Quartal stiegen hier die Umsätze real um 20%, im zweiten Quartal immerhin noch um 9%. Daß der Automobilboom auszulaufen scheint, deutet sich im dritten Quartal an, als bereits ein Rückgang um 11% eintrat. Insgesamt wies diese Branche von Januar bis September noch einen realen Umsatzzuwachs von 7% auf.

Die Zahl der im Einzelhandel insgesamt Beschäftigten stieg von Januar bis September im Vergleich zum Vorjahr leicht an (+1,3%). Während die Zahl der ganztags beschäftigten Arbeitskräfte stagnierte, wurden vor allem mehr Teilzeitkräfte beschäftigt (+ 4,7%); diese Zunahme erfolgte hier vor allem bei den großen Filialunternehmen des Facheinzelhandels (+ 14,6%).

Starke Belegung im Außenhandel

Bereits im dritten und vierten Quartal 1978 hatten die Exporte Baden-Württembergs eine deutliche Aufwärtstentwicklung verzeichnet, so daß unser Land im Gesamtjahr mit 47,7 Mrd. DM einen Anteil an der Ausfuhr der Bundesrepublik von rund 17% erreichte. Diese Wachstumsimpulse, die von der Auslandsnachfrage ausgingen, setzten sich 1979 verstärkt fort und führten überwiegend zu zweistelligen Wachstumsraten. Von Januar bis September erhöhte sich der Wert der ausgeführten Waren auf 38,2 Mrd. DM und damit um 4,07 Mrd. DM oder fast 12% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Damit könnte in diesem Jahr die Ausfuhr die 50-Milliarden-Mark-Schwelle überschreiten. Maßgeblich für diese gegenüber der Vorjahresentwicklung außerordentliche Steigerung war vor allem der bessere Konjunkturverlauf in wichtigen Abnehmerländern. Überdies profitierte die heimische Exportwirtschaft davon, daß der Außenwert der DM insbesondere im Rahmen des seit Jahresbeginn bestehenden Europäischen Währungssystems nur wenig gestiegen ist. Auch die vergleichsweise geringe Aufwertung der Mark am 23. September 1979 dürfte an der günstigen Lage der Exportwirtschaft keine wesentliche Änderung bewirken.

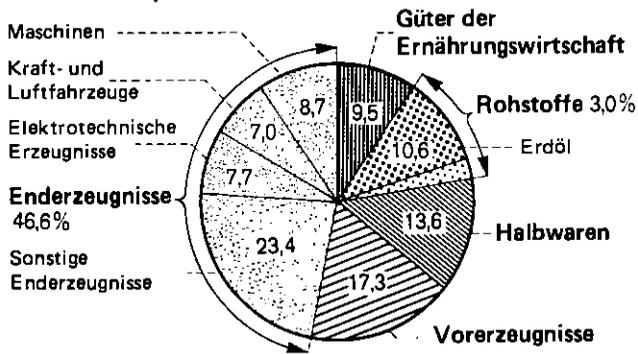
Tabelle 5
Ein- und Ausfuhr nach Handelspartnern

Handelspartner	Einfuhr (Generalhandel)			Ausfuhr (Spezialhandel)		
	Januar bis September 1979					
	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1978 in %	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1978 in %
Europa	21 293,9	73,5	+ 16,6	26 690,8	69,9	+ 14,8
davon						
EG-Länder	14 296,0	49,3	+ 15,6	16 324,0	42,7	+ 16,3
Frankreich	5 248,7	18,1	+ 12,5	5 389,4	14,1	+ 11,8
Belgien-Luxemburg	1 853,0	6,4	+ 13,7	1 863,5	4,9	+ 9,2
Niederlande	2 044,4	7,1	+ 17,1	2 844,9	7,4	+ 10,3
Italien	3 819,6	13,2	+ 11,4	3 171,5	8,3	+ 25,9
Großbritannien	1 089,4	3,8	+ 60,7	2 351,6	6,2	+ 31,9
Republik Irland	91,1	0,3	+ 28,7	118,1	0,3	+ 43,1
Dänemark	149,9	0,5	+ 2,3	585,0	1,5	+ 6,9
EFTA-Länder ¹⁾	5 231,1	18,0	+ 22,2	7 205,7	18,9	+ 13,0
Europ. Ostblockländer ²⁾	637,2	2,2	- 4,6	1 220,1	3,2	- 1,0
Übriges Europa	1 129,6	3,9	+ 18,3	1 941,0	5,1	+ 20,7
Afrika	2 320,2	8,0	+ 41,4	2 161,5	5,7	+ 3,2
Amerika	2 462,7	8,5	+ 10,7	5 263,8	13,8	+ 22,5
darunter						
Vereinigte Staaten	1 787,8	6,2	+ 5,7	3 979,5	10,4	+ 30,7
Asien	2 850,9	9,8	+ 12,6	3 660,4	9,6	- 11,1
Australien und Ozeanien	59,4	0,2	- 15,4	433,5	1,1	+ 13,9
Insgesamt	28 987,0	100	+ 17,2	38 210,1	100	+ 11,9
davon						
industrialisierte westliche Länder	23 403,8	80,7	+ 16,6	31 425,9	82,2	+ 17,7
Entwicklungsländer	4 875,7	16,8	+ 24,2	5 472,8	14,3	- 10,9
darunter OPEC-Länder ³⁾	3 043,4	10,5	+ 37,7	2 463,4	6,4	- 28,2
Ostblockländer zusammen ⁴⁾	707,5	2,4	- 3,0	1 311,4	3,4	+ 1,7

¹⁾ Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal. – ²⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. – ³⁾ Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. – ⁴⁾ Europäischer und Asiatischer Ostblock.

Schaubild 6

Einfuhr nach Warengruppen und Warenuntergruppen (Januar - September 1979)



353 79

Der Exportzuwachs in die EG-Partnerländer, die den mit Abstand größten Teil (43%) der Ausfuhren aufnehmen, war von Januar bis September mit 16,3% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum besonders stark. Dabei ragen Italien (+ 25,9%) und Großbritannien (+ 31,9%) heraus. Bei den EFTA-Ländern verzeichneten die Schweiz (+ 16,8%), Österreich (+ 11,3%) und Schweden (+ 14,3%) erhebliche Zunahmen. Das Ausfuhrgeschäft mit den USA, die nach Frankreich unser bedeutsamstes Abnehmerland sind, hat sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres außergewöhnlich stark belebt (+ 30,7%). Bemerkenswert wird dieses Ergebnis vor dem Hintergrund eines schleichenden Dollarverfalls und der zum Stillstand gekommenen wirtschaftlichen Expansion in den USA. Etwas über die Hälfte der Exporterlöse nach den Vereinigten Staaten entfiel im ersten Halbjahr 1979 allein auf den Export von Kraftfahrzeugen. Eine rapide steigende Bedeutung gewannen in den letzten Jahren die Exporte Baden-Württembergs in die OPEC-Staaten; die Ausfuhr in diese Länder expandierte seit 1970 um mehr als das Siebenfache. In den ersten neun Monaten dieses Jahres jedoch ging der Export, vor allem wegen der aus politischen Gründen stark rückläufigen Ausfuhren in den Iran (- 79,3%), gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stark zurück (- 28,2%). Dagegen stiegen die Ausfuhren in die nicht Erdöl fördernden Entwicklungsländer weiter an (+ 10,9%).

Die Exporte in die Staatshandelsländer zusammen wuchsen nur mäßig, bedingt durch deren Zahlungsbilanzschwierigkeiten und eine teilweise bestehende hohe Verschuldung. So stagnierten die Exporte in die europäischen Ostblockländer von Januar bis September 1979 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (- 1,0%). Stärker belebt haben sich dagegen die Ausfuhren in die Volksrepublik China (+ 51,0%) auf allerdings niedrigem Niveau (70,1 Mill. DM).

Stark belebt haben sich die Ausfuhren von Kraftfahrzeugen (+ 26%), chemischen Erzeugnissen (+ 16,7%), und Textilien (+ 15,4%), während der Auslandsabsatz von elektrotechnischen Erzeugnissen stagnierte (- 1%). Maschinen, mit einem Anteil von 24,7% an der Ausfuhr Baden-Württembergs wichtigstes Exportgut, verzeichneten immerhin ein Plus von 5,9%.

Noch kräftiger als bei den Ausfuhren fiel der Zuwachs bei den Einfuhren aus. Die Bezüge aus dem Ausland betragen von Januar bis September 28,99 Mrd. DM und stiegen damit um 17,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Berücksichtigt werden muß hierbei jedoch der starke Anstieg der Einfuhrpreise. So stiegen die Einfuhrpreise von September 1978 bis September 1979 um 17,4%. Die Preise für eingeführte Rohstoffe, wobei der größte Anteil auf Rohöl entfällt, stiegen um 33%, die Importpreise für Halbwaren - darunter fallen Erdgas und Mineralölprodukte wie Benzin - stiegen sogar um 45,3%. Etwa im Rahmen der inländischen Preissteigerungen blieben dagegen die Importpreise für Fertigwaren (+ 4,6%). Fast die Hälfte der Importe entfiel auf Enderzeugnisse, deren Einfuhrwert im 9-Monatsvergleich um 16,6% anstieg. Zu Buche

schlagen hier die Steigerungsraten bei Maschinen (+ 17,4%) sowie Luft- und Kraftfahrzeugen (+ 17,5%). Auch die Einfuhr von Textilien, die 1978 stagniert hatte, nahm wieder beträchtlich zu (+ 15,4%).

Die EG-Länder, die rund die Hälfte aller Einfuhren liefern, konnten einen Zuwachs von 1,93 Mrd. DM verbuchen. Ins Gewicht fiel hier der Anstieg der Importe aus Großbritannien (+ 60,7%). Beachtlich war auch die Steigerung der Lieferungen aus den EFTA-Ländern (+ 22,2%). Wie bei den Ausfuhren verstärkten sich auch die Einfuhren aus der Schweiz (+ 20,6%), Österreich (+ 24,1%) und Schweden (+ 22,1%). Die nicht Erdöl exportierenden Entwicklungsländer konnten 6,7% mehr Waren absetzen, während die OPEC-Länder den Lieferwert um 37,7% steigerten, trotz stark verminderter Importe aus dem Iran nach Baden-Württemberg (- 48,0%).

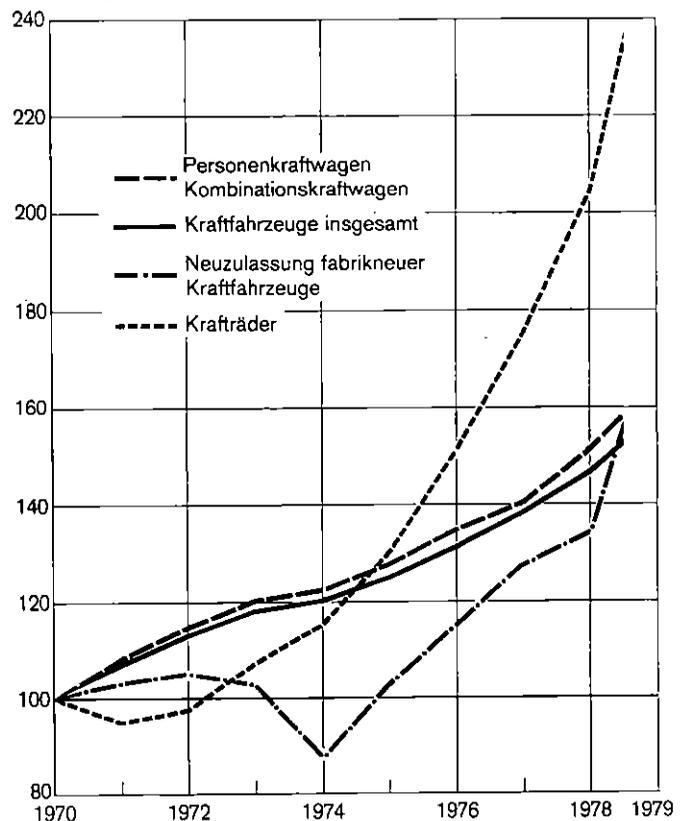
Rückgang der Unfälle mit Personenschäden - steigender Güterverkehr

Die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen lagen im 1. Halbjahr 1979 mit rund 300 000 um fast 30 000 über dem Vergleichswert vom 1. Halbjahr 1978. Am 1. Juli dieses Jahres betrug damit die Anzahl von zulassungspflichtigen Fahrzeugen in Baden-Württemberg knapp 4,1 Millionen, 6,4% mehr als ein Jahr zuvor. Seit 1960 hat sich damit der Bestand an Kraftfahrzeugen mehr als verdreifacht. Wenn auch die jährliche Unfallquote seit 1960 von 106 auf 62 Unfälle pro 1000 Kraftfahrzeuge im Jahr 1978 zurückgegangen ist, hat sich doch die Zahl der Unfälle seither um 83%, die Zahl der verunglückten Personen um immerhin 22% vermehrt. In den ersten neun Monaten dieses Jahres ereigneten sich 179 600 Unfälle im Straßenverkehr, 3,3% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Erstmals seit den Jahren der Ölkrise 1973/74, in denen die Unfallzahlen deutlich zurückgegangen waren, hat die Zahl der Unfälle mit Personenschäden in den ersten neun Monaten dieses Jahres etwas abgenommen (- 1,1%) und betrug 40 300. Die

Schaubild 7

Veränderungen des Bestands an Kraftfahrzeugen

1970 = 100



349 79

Tabelle 6
Verunglückte im Straßenverkehr

Nachweis	Einheit	Jahr				
		1975	1976	1977	1978	1979 ²⁾
Straßenverkehrsunfälle insgesamt ..	Anzahl	190 134	209 343	223 672	237 979	179 592
davon mit	Veränderung ¹⁾	+2,3	+10,1	+6,8	+6,4	+3,3
Personenschaden	Anzahl	47 858	50 590	53 020	54 008	40 320
Sachschaden	Veränderung ¹⁾	+4,0	+5,7	+4,8	+1,9	-1,1
Anzahl	Anzahl	142 276	158 753	170 652	183 971	139 272
Veränderung ¹⁾	Veränderung ¹⁾	+1,7	+11,6	+7,5	+7,8	+4,7
Verunglückte Personen	Anzahl	69 178	71 851	74 948	76 592	56 427
davon	Veränderung ¹⁾	+2,7	+3,9	+4,3	+2,2	-2,5
Getötete	Anzahl	2 273	2 279	2 323	2 280	1 591
Schwerverletzte	Veränderung ¹⁾	-3,1	+0,3	+1,9	-1,9	-5,8
Anzahl	Anzahl	20 447	21 601	22 314	23 059	16 943
Veränderung ¹⁾	Veränderung ¹⁾	-0,3	+5,6	+3,3	+3,3	-3,3
Leichtverletzte	Anzahl	46 458	47 971	50 311	51 253	37 893
Veränderung ¹⁾	Veränderung ¹⁾	+4,5	+3,3	+4,9	+1,9	-2,1

¹⁾ Veränderung zum Vorjahr in %. - ²⁾ Januar bis September; vorläufige Ergebnisse.

Zahl der Getöteten ging gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,8% auf 1591 zurück, die Zahl der Schwerverletzten ging um 3,3% auf 16 943 und die der Leichtverletzten um 2,1% auf 37 893 zurück. Allerdings kann nur ein Teil dieses erfreulichen Ergebnisses dem erhöhten Sicherheitsbewußtsein der Verkehrsteilnehmer zugeschrieben werden, denn die extrem winterliche Witterung zu Jahresbeginn beeinflußte die Unfallstatistik beträchtlich - bei Schnee und Eis wurde weniger bzw. vor allem langsamer gefahren, gleichzeitig stieg die Häufigkeit von glimpflich verlaufenen Unfällen. So lag die Zahl der Verkehrsunfälle im Januar um 32% höher als im Januar 1978, die Zahl der Getöteten war jedoch um 30% geringer; beträchtlich gesunken war auch die Zahl der Verletzten. Entsprechend der Zahl der Unfälle hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres auch die Sachschadenshöhe zugenommen. Der gesamte Sachschaden wurde von der Polizei auf ca. 508 Mill. DM geschätzt. Bis einschließlich August gerechnet, ereigneten sich innerhalb von Ortschaften knapp zwei Drittel aller Verkehrsunfälle, bei denen jedoch nur 36% aller Getöteten gezählt wurden. Auf Autobahnen starben knapp 6% der Verkehrstoten.

Fahrten im öffentlichen Nahverkehr machen den überwiegenden Teil des Personenverkehrs der Straßenverkehrsunternehmen aus. Das Beförderungsvolumen in diesem Bereich umfaßte in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 649,8 Mill. Personen, 0,9% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Im Gelegenheitsverkehr, zu dem zum Beispiel Ausflugsfahrten zählen, wurde dabei eine Zuwachsrate von 6,4%, bei Bahnbusen und Kraftpost sogar eine Zunahme von 11,4% erzielt. Beim ungleich bedeutenderen Linienverkehr und seinen Sonderformen betrug der Anstieg allerdings nur 0,8%. Der saisonübliche Anstieg der Zahl der Fahrgäste in den Wintermonaten war dabei in diesem Jahr witterungsbedingt besonders ausgeprägt. Der Verlauf in den nachfolgenden Monaten zeigte jedoch, daß von einer stärkeren Hinwendung zu öffentlichen Nahverkehrsmitteln noch nicht gesprochen werden kann. Dabei umfaßte das öffentliche Verkehrsnetz auf der Straße (ohne Bahn und Post) 1978 rund 2200 Linien mit einer Gesamtlänge von über 40 000 km. Die Länge des Liniennetzes hat sich damit seit 1970 um etwa 30% ausgeweitet. Den im Linienverkehr seit Jahren nahezu gleichmäßig zurückgehenden Fahrten zum Regeltarif stehen entsprechende Zunahmen bei den Beförderungen mit Schüler-, Lehrlings- und Studenten-Ermäßigungen gegenüber. Wurde 1970 noch jeder vierte Fahrgast zum Schülertarif befördert, nahm 1978 bereits jeder dritte diesen verbilligten Tarif in Anspruch.

In den ersten neun Monaten belief sich die Zahl der Fahrgäste (ankommende und abfliegende Passagiere) auf dem Stuttgarter Flughafen auf 2,12 Millionen. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 4,4% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Entwicklung im Güterverkehr spiegelt das Auf und Ab der Konjunkturbewegung. So sank das Transportvolumen von 140 Mill. t 1973 auf 121 Mill. t im Jahr 1975 und erreichte 1978 bereits wieder 133 Mill. t. Daneben vollzog sich ein langanhaltender Strukturwandel zu Lasten von Eisenbahn und Binnenschifffahrt. Nutznießer war der Straßengüterfernverkehr, der seinen Anteil von 1972 bis 1978 von knapp 30% auf mehr als 41% erhöhen konnte. Dagegen sank der Anteil der Eisenbahn an der beförderten Tonnage von knapp 30% auf 22%. Der Anteil der Binnenschifffahrt, der schon zuvor stark geschrumpft war, sank nochmals leicht von 28% auf knapp 27%.

In diesem Jahr dürfte die Binnenschifffahrt außer von den größtenteils günstigen Wasserständen vor allem von der Hochkonjunktur in der Bauwirtschaft profitiert haben, denn wichtigstes Transportgut sind Steine und Erden. Hierauf entfielen in den ersten neun Monaten 52% des Gesamtumschlags in den Häfen, Lösch- und Ladestellen. In diesem Zeitraum wurden mit 32,8 Mill. t fast 9% mehr Güter umgeschlagen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Davon entfielen 18,6 Mill. t auf Ausladungen und 14,2 Mill. t auf Einladungen. Auf Mineralölzerzeugnisse entfielen 26%, auf Kohle 6% des Umschlags. Die umgeschlagene Gütermenge stieg am stärksten am Oberrhein. Hier wurde mit einem Volumen von 23,6 Mill. t ein Zuwachs von 9,5% erreicht. Während auf dem Neckar im entsprechenden Vorjahreszeitraum das Umschlagvolumen stagniert hatte, konnte in den ersten neun Monaten dieses Jahres eine Steigerung um 7% verzeichnet werden. Recht unterschiedlich verlief dabei die Entwicklung in den großen Binnenhäfen unseres Landes. Der Rheinhafen Karlsruhe, zentraler Umschlagplatz für Mineralöl, verzeichnete mit 21% den größten Zuwachs auf 6,2 Mill. t. Der Hafen Mannheim, der bedeutendste Binnenhafen Baden-Württembergs, erzielte eine Steigerung um 11% auf 7,2 Mill. t. Der Hafen Heilbronn mit seinem charakteristischen Salzumschlag konnte in diesem Jahr erstmals seit 1973 ein kräftiges Umsatzplus verbuchen (+10,5%). Dagegen mußte Stuttgart, wie bereits im entsprechenden Vorjahreszeitraum, eine leichte Einbuße hinnehmen (-1%).

Der Luftfrachtverkehr konnte sich vom konjunkturellen Einbruch der siebziger Jahre noch nicht erholen, zumal diese Branche von den erhöhten Treibstoffpreisen am stärksten getroffen wurde. Im Jahr 1978 wurden 21 000 Tonnen befördert, ein Viertel weniger als 1972. In diesem Jahr betrug das Luftfrachtaufkommen bis einschließlich September 14 500 Tonnen, was einer Abnahme von 10% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum entspricht.

Steigende Übernachtungszahlen

Der Trend zu steigenden Übernachtungszahlen setzte sich auch 1979 fort, die teilweise naßkalte Witterung im Sommer beeinträchtigte jedoch die Umsätze im Gaststätten- und Beherber-

gungsgewerbe. So setzte dieser Geschäftszweig in den ersten neun Monaten des Jahres nominal 4,5% mehr um als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Unterschiedlich war allerdings die Entwicklung in den einzelnen Branchen. Unterdurchschnittlich mit 4,4% fiel der Zuwachs im Beherbergungsgewerbe aus. Die reinen Übernachtungserlöse entwickelten sich dabei, wie bereits in den vergangenen Jahren, deutlich günstiger (+ 9%) als die Umsätze für Verzehr (+ 3%). Im Gaststättengewerbe wurde eine Zuwachsrate von 4,6% erzielt. Berücksichtigt man die zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen – in Baden-Württemberg stiegen die Preise für Verzehr in Gaststätten im September in Jahresfrist um 6,1% – so dürfte das reale Umsatzvolumen stagniert haben.

Baden-Württemberg ist – gemessen an der Zahl der Gästeübernachtungen – nach Bayern das bedeutendste Fremdenverkehrsland der Bundesrepublik. Von Januar bis September wurden in den Fremdenverkehrsgemeinden des Landes rund 7,12 Mill. Gäste mit 36,6 Mill. Übernachtungen registriert. Anders als im Vorjahr, stieg die Zahl der Übernachtungen mit 2,2% etwas stärker als die Zahl der Gäste (1,6%). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer erhöhte sich damit leicht auf 5,2 Tage. Die Aufenthaltsdauer blieb unverändert bei den ausländischen Gästen, die mit durchschnittlich 2,3 Tagen allerdings immer noch weit kürzer am Urlaubsort verweilen als die deutschen Gäste (5,8 Tage). Der Anteil der Auslandsgäste stagnierte bei 18,9%, ihr Anteil an den Übernachtungen stieg leicht von 8,3% auf 8,4%. Die Auslandsgäste kamen vor allem aus den Niederlanden, der Schweiz, Frankreich und den USA. Auf die Besucher aus diesen vier Ländern entfiel zusammen ein Anteil von 64% der Übernachtungen ausländischer Gäste. Der permanente Mangel an Arbeitskräften im Hotel- und Gaststättengewerbe zeigt sich zum Beispiel darin, daß hier Ende September fast 12% mehr an unbesetzten Arbeitsplätzen vorhanden waren als zu Beginn der Hochsaison Ende Juni. Auch überregionale Vermittlungsversuche der Arbeitsämter brachten nicht den gewünschten Erfolg.

Produktions- und Erlösentwicklung in der Landwirtschaft

Aufgrund der für Kornbildung und Reife günstigen Witterung im Frühjahr und im Sommer und trotz eines unbeständigen und regnerischen Augustwetters, das die Erntearbeiten in weiten Teilen des Landes behinderte, konnten die Landwirte Baden-Württembergs im Jahre 1979 eine überaus gute *Getreideernte* einbringen. Die Gesamtgetreideernte belief sich auf 25,6 Mill. Dezitonnen (dt) und übertraf damit selbst das günstige Vorjahresergebnis um fast 5%. Dabei war diese beachtliche Steigerung des Ernteaufkommens nur zu einem geringen Teil auf eine Ausdehnung der Getreideflächen (+ 1,5%) zurückzuführen. Spitzenerträge wurden vor allem bei der Hauptgetreideart Weizen mit 47,4 dt/ha oder + 7% erzielt, und zwar bei hohem Qualitätsniveau. Auch die anderen Brotgetreidearten konnten ihre Hektarerträge gegenüber dem Vorjahr gut behaupten bzw. steigern. Die Flächenausdehnung bei Futter- und Industriegetreide (ohne Körnermais) – vor allem bei Wintergerste – bewirkte eine Zunahme der Erntemenge um fast 3% auf 13,4 Mill. dt. In regionaler Hinsicht trug die Region Franken 22% zur Landesernte bei, gefolgt von den Regionen Mittlerer und Unterer Neckar mit zusammen 20% und Donau-Iller mit 12%. Die unterirdisch reifenden Kulturpflanzen (Rüben, Kartoffeln) haben offensichtlich von dem wechselhaften Sommerwetter und der anschließenden milden Spätsommer- und Herbstwitterung am meisten profitiert. Insbesondere bei mittelfrühen und späten Kartoffeln brachte die Ernte ein Rekordergebnis von 323 dt/ha, das sind 12 bis 13% mehr als im Vorjahr oder im langjährigen Mittel (1973 bis 1978). Bei den Frühkartoffeln war das Ergebnis mit 247 dt/ha kaum schlechter – so betrug der Zuwachs gegenüber 1978 10% und gegenüber dem langjährigen Mittel sogar fast 13%. Trotz einer weiteren Einschränkung der Anbauflächen konnte dadurch die Ernte an Kartoffeln um gut 4% auf 11,8 Mill. dt gesteigert werden.

Auch beim *Feldgemüse* fiel die Versorgung aus heimischer Produktion besser aus als im Vorjahr und im langjährigen Durchschnitt. Obwohl die Gemüseanbauflächen binnen Jahresfrist um etwa 2% reduziert wurden, führten beachtliche Steigerungen der Hektarerträge, die vor allem auf einen recht günstigen Witterungsverlauf zurückzuführen sind, zu einer Zunahme der gesamten Gemüseernte um 4% auf 1,86 Mill. dt. Im Vergleich zum langjährigen Mittel betrug die Erhöhung der Erntemenge sogar 5%, und zwar bei einer Flächenreduktion um über ein Zehntel.

Bei der *Obsternte* gab es unterschiedlich gute Ergebnisse für die einzelnen Obstarten und Anbaubetriebe. Besonders ungünstig war die Steinobsternte, die mit 2,1 Mill. dt nur etwa halb so viel Ertrag brachte wie im Vorjahr. Enttäuschend war vor allem der Baumertrag bei den badischen Frühzwetschen, der um acht bis neun Zehntel unter dem langjährigen Mittel lag. Die recht gute Ertragslage der später reifenden Sorten in Württemberg konnte nicht verhindern, daß die Gesamternte um fast sechs Zehntel unter derjenigen des Vorjahres blieb. Noch ungünstiger war die Situation bei Aprikosen, Mirabellen und Renekloden (jeweils – 61%) und bei Pfirsichen (– 74%). Dagegen war die Kirschernte im Landesdurchschnitt besser als im Vorjahr (Süßkirschen + 9%, Sauerkirschen + 14%). Die Beerenobsternte belief sich auf knapp 480 000 dt, das sind 7% weniger als 1978, aber 9% mehr als im langjährigen Mittel. Etwa ein Fünftel der Beerenobsternte entfiel auf Erdbeeren. Überraschend gut war die Kernobsternte, die mit 15,3 Mill. dt um 19% über dem Vorjahresergebnis lag, allerdings die ausgesprochen reichen Erntejahre 1973 und 1975 nicht erreichen konnte. Die Zunahmen waren jedoch bei Äpfeln (+ 24%) und bei Birnen (+ 4%) unterschiedlich hoch. Bei Äpfeln verzeichneten die Obstdarstellungen Bodenseegebiet, Rheintal und Neckartal in etwa gleich große Erntezuwächse um 20%, eine überdurchschnittliche Steigerungsrate wurde mit über 30% in den sonstigen Anbaubetrieben erzielt, in denen der Streu- und Gartenobstbau dominiert.

Überaus erfreulich ist der diesjährige Weinherbst. Mengemäßig zeichnet sich für das Jahr 1979 eine Weinmosternte von 2,2 Mill. hl ab, wovon 1,5 Mill. hl auf Weiß- und 0,7 Mill. hl auf Rotmoste entfallen. Die Gesamtweinmosternte liegt damit um über ein Drittel über dem Vorjahr und fast 12% über dem langjährigen Mittel. Frostschäden in den Weinbaubereichen Kocher-Jagst-Tauber und Badisches Frankenland haben dort aber gegenüber einer Normalernte zu Ertragsminderungen um über drei bzw. sogar fast neun Zehntel geführt. Die insgesamt gleichfalls erfreulich hohen Ausgangsmostgewichte – sie liegen in Württemberg bei 73° Öchsle und damit um 14% über dem Vorjahr, in Baden bei 75° (Weißwein) bzw. 77° bei Rotwein – geben zu der Hoffnung Anlaß, daß etwa drei Zehntel als Prädikatsweine und fast sieben Zehntel als Qualitätsweine ausgebaut werden können.

Auf dem Gebiet der tierischen Produktion zeichnen sich 1979 eine höhere Fleisch- und Milcherzeugung als im Vorjahr ab. Die *Gesamtschlachtmenge* aller gewerblich geschlachteten in- und ausländischen Tiere belief sich für den Zeitraum Januar bis Oktober auf 401 000 t, das sind etwa 4% mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Bei Schweinen (198 000 t) nahm die Schlachtmenge um 2% zu, bei den Rindern (194 000 t) sogar um rund 7%.

In der gleichen Periode erhöhte sich die Milcherzeugung um 1,3% auf 2 274 000 t. Entscheidend hierfür war zu etwa gleichen Teilen eine Erhöhung des Kuhbestandes und der Milchleistung je Kuh, die um 2 kg auf 328 kg anstieg. Rund 88% der Milch wurden an Molkereien, Händler oder im Direktabsatz verkauft, das sind über 2% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dagegen nahm die Verfütterung um etwa 5% ab.

Die *Verkaufserlöse* der Landwirtschaft erreichten im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1978/79 mit 6,66 Mrd. DM nominal etwa den Vorjahresstand, obwohl die *Bruttoproduktion* (real) um 3% anstieg. Dies hängt hauptsächlich mit der Verminderung der Erzeugerpreise für Kartoffeln, Obst und Schlachtvieh zu-

sammen, die gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1977/78 beachtlich gefallen sind. Im einzelnen waren die Verkaufserlöse bei Kartoffeln um 10%, bei Schlachtschweinen um 11% und bei Wein sogar um 40% niedriger als 1977/78, während sie sich bei Getreide, Ölrüchten und Obst gegenüber dem Vergleichsjahr um ein Viertel bis ein Drittel verbesserten. Für die erhöhte Schlachtrinderproduktion, die zu gut einem Fünftel zu den Verkaufserlösen beiträgt, konnte infolge rückläufiger Preise mit 1,42 Mrd. DM fast wieder das Vorjahresergebnis erreicht werden. Für Milch, die ebenfalls etwa ein Fünftel zu den Verkaufserlösen beiträgt, wurden etwa 5% mehr Erlöse erzielt.

Geringere Zuwachsrate beim Mineralöleinsatz zu erwarten

Von 1970 bis 1978 hat sich der Verbrauch an Primärenergie – hier werden auch die im Umwandlungsbereich, vor allem bei Kraftwerken, verlorengegangenen Energiemengen mitgezählt – um knapp 20% erhöht. Dabei dürfte der Anteil des Öls mit 71% im Jahr 1972 seinen historischen Höchststand erreicht haben. Mengenmäßig stieg der Mineralöleinsatz nach dem starken Absinken in den beiden Jahren nach der Ölkrise 1973 in der Folgezeit wieder kontinuierlich an. Der bisherige Rekordverbrauch des Jahres 1973 dürfte erstmals 1979 überschritten werden; nicht zuletzt hat hierzu der kalte letzte Winter seinen Teil beigetragen.

Im Bundesgebiet lag der Inlandsabsatz in den ersten neun Monaten um 3,2% über dem entsprechenden Vorjahreswert. Aufgrund dieser Entwicklung dürfte die jährliche Zuwachsrate im Jahr 1979 geringer ausfallen als der Vorjahreswert von 4,7%. Bei der Verwendungsseite stieg der Verbrauch an Motorenbenzin in den ersten drei Quartalen um 1,2%. Vor Jahresfrist hatte dieser Zuwachs im entsprechenden Zeitraum noch 5,4% betragen. Stärker stieg dieses Jahr allerdings der Verbrauch an Dieselmotoren (+ 11,7%).

Für Baden-Württemberg läßt sich erkennen, daß der Zuwachs beim Endenergieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe höher ausfallen wird als im Vorjahr. Die einzelnen Energieträger wurden hierbei jedoch in unterschiedlichem Maß genutzt. So stieg von Januar bis September vor allem der Verbrauch an Strom (+ 6,1%), Gasen (+ 4,5%) und Heizöl (+ 3,1%), beim überwiegend eingesetzten schweren Heizöl stärker (+ 3,7%) als beim leichten Heizöl (+ 1,6%). Der Kohleeinsatz lag dagegen um 2,4% unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums.

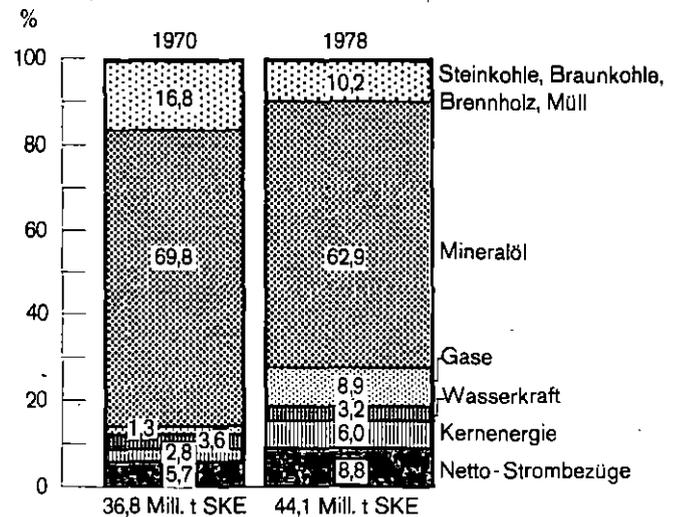
Tabelle 7
Einstufung und Stundenlöhne der weiblichen und männlichen Arbeiter in der Industrie¹⁾

Leistungsgruppe ²⁾	Besetzung der Leistungsgruppen		Durchschnittlicher Stundenlohn		
	1974 ³⁾	1979 ³⁾	1974 ³⁾	1979 ³⁾	Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate 1979/74
	%		DM		%
Weibliche Arbeiter					
1	3,7	3,1	8,03	11,26	7,0
2	35,9	35,9	7,41	10,16	6,5
3	60,3	61,0	7,20	9,94	6,7
Zusammen	100	100	7,31	10,06	6,6
Männliche Arbeiter					
1	51,3	54,5	10,58	14,39	6,3
2	33,0	32,2	9,41	12,82	6,4
3	15,6	13,2	8,58	11,68	6,4
Zusammen	100	100	9,88	13,53	6,5

1) Ohne Hoch- und Tiefbau. – 2) Die Leistungsgruppe 1 entspricht etwa Facharbeitern, die Gruppe 2 den angelernten Arbeitern und die Gruppe 3 den Hilfsarbeitern. – 3) Jeweils Juli. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Schaubild 8

Anteile am Primärenergieverbrauch



354 79

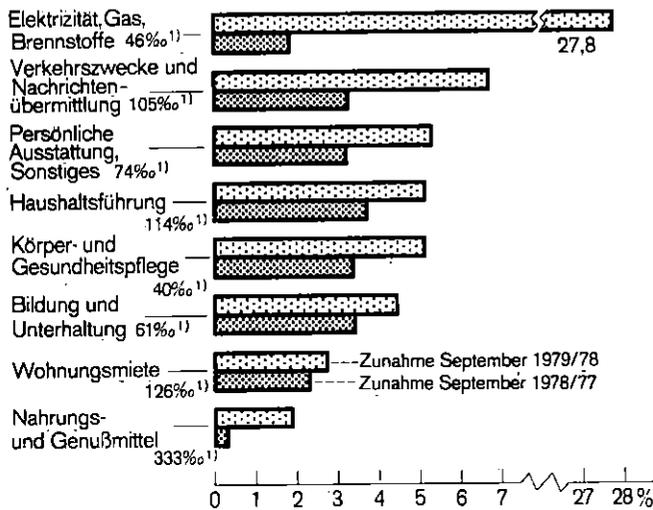
Der Bereich der Kraftwerke ist dieses Jahr gekennzeichnet durch eine erheblich gesteigerte Erdgasverstromung und einen Zuwachs der Kernenergie durch Inbetriebnahme des Kraftwerks Phillipsburg I; diese Entwicklung wird sich auch auf die Zusammensetzung des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern auswirken.

Stagnierende Reallöhne durch verstärkten Preisaufrtrieb

Wie schon im Vorjahr, so fielen auch 1979 die Lohn- und Gehaltssteigerungen mäßig aus. Von Juli 1978 bis Juli 1979 erhöhten sich die Bruttoverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter – gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste – um 4,8%. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres (Juli 1977 bis 1978) waren es 5,1%. Die anziehende Konjunktur spiegelte sich auch in der Zunahme der geleisteten Mehrarbeitsstunden wider. Wurden im Juli 1978 noch 1,8 wöchentliche Mehrarbeitsstunden geleistet, waren es ein Jahr später 2,1. Dies wirkte sich im Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste aus, der von Juli 1978 bis Juli 1979 um 5,9% anstieg. Um 6,2% erhöhte sich im selben Zeitraum der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe. Im Juli 1979 hatten die männlichen Angestellten ein durchschnittliches Bruttogehalt von 3323 DM, ihre Kolleginnen verdienten 2155 DM, auf weibliche und männliche Angestellte insgesamt entfiel ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 2910 DM. Den gewerblichen Arbeitnehmern wurde im Juli 1979 im Durchschnitt ein Bruttoverdienst von 533 DM je Woche ausgezahlt. Während die männlichen Arbeiter auf 574 DM kamen, erzielten die Arbeiterinnen nur 407 DM.

Für den Lebensstandard ist allerdings nicht allein die nominelle Steigerung der Bruttoeinkommen entscheidend, denn Preissteigerungen zehren einen Teil dieses Zuwachses auf, was insbesondere im Verlauf dieses Jahres wieder deutlich zu Buche schlug. Zur Darstellung der Entwicklung der Kaufkraft der Löhne dient der Reallohnindex, das heißt der mit dem Preisindex für Lebenshaltung (Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) deflationierte Index der Bruttowochenverdienste. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Teuerungsrate von 4% zwischen Juli 1978 und Juli 1979 betrug der reale Lohnzuwachs (auf Bruttobasis) lediglich noch 1,8%. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres hatte der reale Kaufkraftzuwachs immerhin noch 2,7%, zwischen Juli 1976 und Juli 1977 sogar noch 4,2% betragen.

Preissteigerung ausgewählter Bereiche im September 1979 und 1978 gegenüber dem Vorjahr



1) Anteil am Warenkorb:

359 79

Preise

Nach einer Periode mit relativ geringen Preissteigerungen war das Preisniveau – gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte – seit Oktober 1978 wieder stärker in Bewegung geraten. Der saisonübliche Rückgang der ernteabhängigen Preise im Sommer wurde in seiner Wirkung auf den Index durch die außerordentliche Verteuerung der Mineralölprodukte sowie durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 12 auf 13% zum 1. Juli teilweise kompensiert. Im Vergleich zum jeweils entsprechenden Monat des Vorjahres nahm die Preissteigerungsrate im Lauf des Jahres stetig zu. Betrug sie im Januar noch 2,6%, so überschritt sie im September bereits die Fünf-Prozent-Schwelle. Eine Teuerungsrate von mehr als 5% war in Baden-Württemberg letztmals im April 1976 aufgetreten. Im November erreichte die Inflationsrate dann 5,6%.

Bei dieser Betrachtungsweise ist jedoch zu berücksichtigen, daß in den Bezugsmonaten im Sommer und Herbst 1978 die Preisentwicklung relativ stabil war. Gegenüber dem Monat August 1978 errechnete sich so als Folge dieses „Basiseffekts“ selbst im August dieses Jahres eine Inflationsrate von 4,8%, obwohl der Index in diesem Monat gegenüber dem Vormonat um 0,4 Prozentpunkte abnahm. Zwei Komponenten haben die Preisentwicklung in diesem Jahr maßgeblich mitbestimmt. Zum einen war der konjunkturelle Aufschwung seit etwa November 1978 von Preissteigerungen auf allen Handelsstufen begleitet. So waren beispielsweise im September 1979 bundesweit die Einzelhandelspreise um 5,3%, die Großhandelsverkaufspreise um 9,6%, die Erzeugerpreise industrieller Produkte um 5,2% höher als vor Jahresfrist. Zum anderen stiegen die Einfuhrpreise in die Bundesrepublik seit Oktober 1978 überaus stark an, verursacht vor allem durch die Preiserhöhungen bei Mineralöl und anderen Rohstoffen. Dies wirkte sich in Preiserhöhungen in den vorgelagerten Produktions- und Handelsstufen und indirekt bei den Verbraucherpreisen aus. So lagen beispielsweise in Baden-Württemberg die Preise für leichtes Heizöl im Juni bereits um 101,3% über dem Stand des Vorjahres. Im Oktober hatten aufgrund dieser Entwicklung die Preise im Bereich Elektrizität, Gas und Brennstoffe um 27,4% angezogen. Verhältnismäßig stabil blieben hier jedoch neben den Gaspreisen (+ 0,3%), wo allerdings beträchtliche Preiserhöhungen angekündigt sind, auch die Strompreise (+ 0,9%), während die Teuerungsrate bei Kohle (+ 7,7%) deutlicher ausfiel. Die Preise der Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung lagen um 6,8% höher; die Preiserhöhungen für Kraftstoffe (+ 15,7%) schlugen hier zu Buche. Uhren und Schmuck wurden aufgrund der Hausse der Gold- und Silberpreise auf den Weltmärkten um 20,6% teurer. Tröstlich für den Verbraucher dürfte allerdings sein, daß die Preise für Nahrungsmittel in diesem Zeitraum lediglich um 2% gestiegen sind.

Günstige Aspekte für die nahe Zukunft könnten sich daraus ergeben, daß die Einfuhrpreise für Rohstoffe im September im Vergleich zum Vormonat erstmals leicht zurückgingen und auch der eingangs erwähnte Basiseffekt rasch ausklingen wird. Ein anderer Effekt wird allerdings die Inflationsrate leicht nach oben drücken: Bisher wurden dem Preisindex die Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 1970 zugrunde gelegt. Etwa zu Beginn des neuen Jahres wird die Berechnung auf die des Jahres 1976 umgestellt. Zwischen diesen beiden Jahren lag die Ölkrise von 1973, die erstmals beträchtliche Preissteigerungen bei Mineralölprodukten mit sich brachte. Im neuen Preisindex

Tabelle 8
Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1979
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft ¹⁾		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise für	Ausfuhrpreise für	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾ (Inland)	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ²⁾	Preisindex für	
	Auslandsgüter							Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ²⁾	die Lebenshaltung ³⁾
	1970 = 100					1976 = 100	1970 = 100		
Bundesgebiet							Baden-Württemberg		
Januar	+ 0,3	+ 2,7	- 3,2p	+ 1,3p	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,6	-	+ 2,6
Februar	+ 4,4	+ 3,1	- 2,5p	+ 1,8p	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 6,8	+ 2,7
März	+ 6,1	+ 3,8	- 0,8p	+ 2,2p	+ 3,7	+ 4,7	+ 3,3	-	+ 3,2
April	+ 8,9	+ 4,6	+ 1,8p	+ 2,5p	+ 4,1	+ 5,6	+ 3,4	-	+ 3,6
Mai	+ 10,2	+ 4,5	+ 1,1p	+ 2,6p	+ 4,2	+ 6,0	+ 3,6	+ 8,8	+ 3,7
Juni	+ 13,1	+ 4,9	+ 2,6p	+ 3,9p	+ 4,7	+ 7,0	+ 3,9	-	+ 3,9
Juli	+ 16,3	+ 5,4	+ 1,2p	+ 4,5p	+ 5,4	+ 7,8	+ 4,7	-	+ 4,7
August	+ 17,3	+ 5,8	+ 2,8p	+ 5,2p	+ 5,9	+ 8,6	+ 5,0	+ 9,8	+ 4,8
September	+ 17,4	+ 6,0	+ 3,8p	+ 5,4p	+ 6,2	+ 9,6	+ 5,3	-	+ 5,2
Oktober	+ 19,5	+ 6,6	+ 4,9p	+ 5,5	+ 6,5	+ 9,7	+ 5,7	-	+ 5,4
November	-	-	-	-	-	-	-	-	+ 5,6

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert)Steuer. – 3) Aller privaten Haushalte.

werden daher die Energie- und Benzinpreise, darüber hinaus auch die gleichfalls überproportional angestiegenen Dienstleistungen, ein größeres Gewicht bekommen als bisher, so daß die aktuellen und zukünftigen Preissteigerungen in diesen Bereichen in den berechneten Inflationsraten stärker zum Ausdruck kommen werden als bisher.

Spartätigkeit verlagerte sich auf höher verzinsliche Anlageformen

Im Jahr 1979 hat sich die Sparneigung im ganzen erheblich verstärkt. Jedoch nahm das Kontensparen, das vor allem zur Bildung von leicht abrufbaren Rücklagen dient, nicht mehr den Raum ein wie in den zurückliegenden Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit. Unter stabiler gewordenen wirtschaftlichen Verhältnissen haben andere Sparformen mit gewinnbringenderen Konditionen sehr an Attraktivität gewonnen. Das Kontensparen zeigte daher nach geringfügigem Anstieg im Frühjahr 1979 während der Sommer- und Herbstmonate leicht rückläufige Tendenz. Dagegen haben sich die Einlagen von Termingeldern verstärkt. Besonders im 3. Quartal waren ausgeprägte Auftriebsbewegungen zu beobachten, die vermutlich mit der Unsicherheit über die Zinsentwicklung zusammenhängen. Die Belebung auf dem Markt der festverzinslichen Wertpapiere setzte schon anfangs des Jahres ein und führte zu einer außergewöhnlichen Verbreitung dieser Sparform. Im ganzen erhöhte sich der Umlauf der festverzinslichen Wertpapiere vom 3. Vierteljahr 1978 bis zum 3. Vierteljahr 1979 um 15,6%.

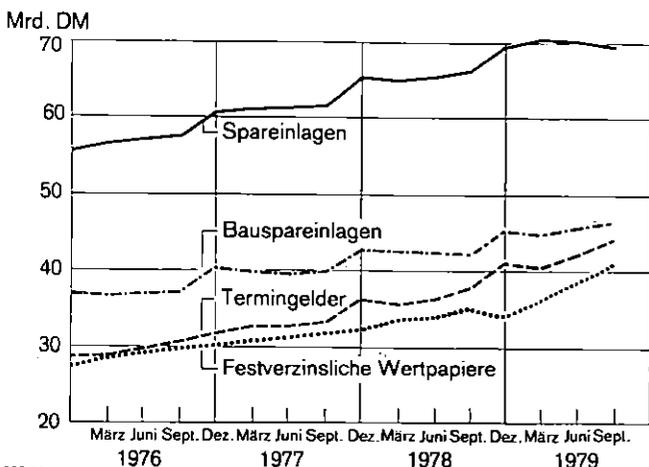
Bei den Bauspareinlagen war nach leicht rückläufiger Entwicklung im 1. Vierteljahr 1979 eine geringfügige aber stetige Zunahme zu beobachten, so daß der Verlauf im ganzen gesehen bisher günstiger war als im vorjährigen Vergleichszeitraum. Da sich das Hauptgeschäft jedoch erfahrungsgemäß erst im 4. Quartal abspielt, kann über die Gesamtveränderung des laufenden Jahres noch nichts Schlüssiges ausgesagt werden.

Veranlaßt durch die Änderungen der Marktlage sowie durch die Geldpolitik der Bundesbank erhöhten die Kreditinstitute den Spareckzins, der von Januar 1978 bis März 1979 auf einem Tiefstand von 2,5% verharrte, in mehreren Etappen um jeweils 0,5%. Die letzte der drei Zinsanhebungen dieses Jahres fand im November statt. Hierdurch wurde der Spareckzins auf 4% festgesetzt. Am Ende des 3. Quartals dieses Jahres waren die Spareinlagen in Jahresfrist um 3,4 Mrd. (+ 5,2%) auf 69,7 Mrd., die Termingelder um 6,5 Mrd. (+ 17,1%) auf 44,4 Mrd. angewachsen.

Der Gesamtbestand der Spareinlagen bei Kreditinstituten und der Bauspareinlagen bei privaten und öffentlichen Bausparkassen belief sich zu Beginn dieses Jahres insgesamt auf rund

¹ Von Emittenten mit Sitz in Baden-Württemberg.

Schaubild 10
Entwicklung der Spartätigkeit



90 Mrd. DM. Umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung des Landes ergibt sich ein Betrag von 9848 DM gegenüber 8837 DM im Bundesdurchschnitt. Hinsichtlich der durchschnittlichen Höhe der Sparsumme je Einwohner belegte Baden-Württemberg hiermit unter allen Ländern des Bundesgebiets nach dem Stadtstaat Hamburg den 2. Platz. Beim Bausparen allein nahm das Land jedoch mit einem Betrag von 2201 DM pro Kopf der Bevölkerung gegenüber 1573 DM im Bundesgebiet nach wie vor mit Abstand die Spitzenstellung ein.

Sozialausgaben wachsen langsamer, hoher Versorgungsgrad der Bevölkerung mit sozialer Infrastruktur

Im Jahre 1978 betrug die Summe der im Land geleisteten öffentlichen Sozialleistungen 71,5 Mrd. DM. Dabei entfielen 55,9 Mrd. DM auf Anwendungen, die überwiegend im Rahmen der sozialen Gesetzgebung des Bundes erbracht werden. Sie schlagen sich schwerpunktmäßig in Leistungen der sozialen Sicherung wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie verschiedener Ergänzungs- und Sondersysteme nieder (67%). Neben diesen beitragsgebundenen Einrichtungen sind in diesem Sozialbudget I beitragsfreie Systeme vertreten, so insbesondere die Entschädigungsleistungen (Kriegsopferversorgung etc.) mit 2,2 Mrd. DM oder 4% des Gesamtaufwands, die sozialen Hilfen und Dienste (Sozial-, Jugendhilfe, Wohngeld, Ausbildungsförderung etc.) mit 4,9 Mrd. DM oder 8,7% des Budgetvolumens und nicht zuletzt die Arbeitgeberleistungen (vor allem Entgeltfortzahlung) mit 4,8 Mrd. DM oder 8,6% der Leistungen. Die indirekten Leistungen, die sich aus Steuerermäßigungen und Vergünstigungen im Wohnungswesen zusammensetzen, erreichten 1978 eine Höhe von über 6,6 Mrd. DM.

Die Leistungshöhe und die Struktur der Ausgaben zeigt die landesspezifischen Besonderheiten der baden-württembergischen Bevölkerungs- und Sozialstruktur. Betrachtet man die Ausgabenentwicklung der siebziger Jahre, so ist das Jahr 1978 durch die niedrigste Zunahme der Sozialleistungen gekennzeichnet. Dabei lag die Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt) von 27,9% um 3,6 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, was mit dem unterdurchschnittlichen Anteil der Sozialleistungen am Bund einerseits und an einem überdurchschnittlichen Anteil des Bruttosozialprodukts am Bund andererseits erklärt werden kann. Für das Jahr 1978 ergeben sich in der Leistungsstruktur einige Besonderheiten. Hierbei ist zunächst die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zu nennen, deren Steigerungsraten zum Vorjahr sich halbiert haben und so besonders dämpfend auf die Gesamtausgaben gewirkt haben. Zum anderen waren die Leistungen für Arbeitsförderungen in Anbetracht der günstigen Arbeitsmarktlage des Landes weiter absolut rückläufig. Ein Rückgang der Leistungen ist auch bei der Vermögensbildung zu konstatieren, da die Zahl der Begünstigten aufgrund der allgemeinen Einkommensentwicklung in Verbindung mit den Einkommensgrenzen immer stärker zurückgeht. Ein gegenläufiger Effekt zeigte sich dagegen bei den Steuerermäßigungen (vor allem Ehegatten-Splitting), die infolge der Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs zu erhöhten sozialpolitisch motivierten Steuererleichterungen geführt haben. Eine besonders starke Zunahme hat das Wohngeld zu verzeichnen, dessen Leistungen 1978 um nahezu 20% stiegen infolge der Wohngeldnovelle 1977, die eine Anpassung der Leistungen an die Miet- und Einkommensentwicklung und andere strukturelle Veränderungen im Bemessungssystem brachte.

Nach Funktionen gegliedert weist Sozialbudget I die beiden Hauptbereiche Alter und Gesundheit mit 37 bzw. 33% der Gesamtleistungen aus. Der Rest entfällt auf Familienleistungen (16%) und Anwendungen für Beschäftigung (4%) und sonstige kleinere Funktionen. Neben dem Leistungsspektrum der bundesgesetzlichen Leistungen erbringen das Land und die Gemeinden darüber hinausgehende sozialpolitische Aufwendun-

Tabelle 9
Sozialleistungen nach Funktionen und Institutionen 1978 (Sozialbudget I)

Institutionen	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Davon				
			Familie	Gesundheit	Beschäftigung	Alter und Hinterbliebene	Sonstige Funktionen ¹⁾
			Mill. DM	%	Mill. DM		
Sozialbudget insgesamt	55 884	4,8	9 018,5	18 329,6	2 412,0	20 662,1	5 461,8
Allgemeine Systeme der sozialen Sicherung	30 083	5,2	2 668,7	12 390,8	1 567,1	13 260,3	196,1
davon							
Rentenversicherung	14 570	5,8	368,6	1 418,5	89,1	12 583,9	109,9
Krankenversicherung	10 776	5,5	258,6	10 248,0	-	183,2	86,2
Unfallversicherung	1 298	6,6	67,5	724,3	13,0	493,2	-
Arbeitsförderung	1 465	- 5,9	-	-	1 465,0	-	0
Kindergeld	1 974	8,3	1 974,0	-	-	-	-
Ergänzungs- und Sondersysteme	7 245	3,5	1 276,7	1 149,5	-	4 803,6	15,2
Arbeitgeberleistungen	4 819	7,1	163,1	3 669,0	-	889,4	97,5
Entschädigungen	2 244	1,3	110,9	72,1	7,0	1 116,8	937,2
Soziale Hilfen und Dienste	4 852	- 4,5	499,5	972,6	692,4	266,2	2 421,3
Indirekte Leistungen	6 641	12,1	4 299,6	75,6	145,5	325,8	1 794,5

¹⁾ Folgen politischer Ergebnisse, Wohnen, Sparförderung und Allgemeine Lebenshilfen.

gen, die in einem Budget II erfaßt werden. Es weist 1978 Leistungen in Höhe von 15,6 Mrd. DM aus und umfaßt die klassischen Bereiche der Landespolitik einschließlich Bildung, Umwelt und Sicherheit. Der Schwerpunkt der Aufgaben liegt hier auf den Funktionen Gesundheit (27% der Leistungen), Allgemeine Bildung (24%), Berufliche Bildung (16%), Umwelt (14%), Sicherheit (9%) und Familie (5%). Die Prioritäten des Budgets II, dessen Volumen 1978 um 4,4% zunahm, lagen mit weit überdurchschnittlichen Zuwachsraten bei der Familie (14%), Wohnen und Wohnumwelt (12%), Sicherheit (11%) und dem Umweltschutz (8%). Im Gegensatz zum Bundeskonzept werden im landesspezifischen Sozialbudget auch sozialpolitisch motivierte Investitionen ausgewiesen, die mit 3,7 Mrd. DM rund 24% der Leistungen insgesamt ausmachen. Diese investiven Ausgaben für sozialpolitische Maßnahmen haben sich im Land in einem vielseitigen Angebot von sozialen Diensten und Einrichtungen niedergeschlagen, deren Versorgungsgrad und regionale Verteilung Gegenstand eines „Sozialatlas für Baden-Württemberg“ bilden, der vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung herausgegeben wurde. Die infrastrukturellen Einzelbereiche gliedern sich danach in Jugend- und Familienhilfe, Altenhilfe, sowie die Gesundheits- und Behinderteneinrichtungen. Der Stand der infrastrukturellen Ausstattungen bietet danach heute jedem Kind einen Kindergartenplatz. Daneben ist der Ausbau eines flächendeckenden Netzes von Sozialstationen, denen im Bereich der Gesundheitsdienste, der Alten- und Familienhilfe besondere Bedeutung zukommt, weit fortgeschritten. Besonderes Gewicht in Versorgung und Betreuung erhalten darüber hinaus Einrichtungen für sogenannte Problemgruppen wie die der Behinderten und Suchtkranken.

1979 höherer Ausgabenzuwachs im Gesundheitswesen, aber stagnierender Anteil der Ausgaben am Sozialprodukt

Im Gesundheitsbereich waren 1979, wie schon im Vorjahr nach den Dämpfungsjahren 1976 und 1977, wiederum erhöhte Ausgabensteigerungen zu verzeichnen. Insgesamt ist für 1979 mit einem Ausgabenvolumen für die Gesundheit von 26,6 Mrd. DM zu rechnen, was einer Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr von 7,1% entspricht. Rascher medizinischer Fortschritt, der zunehmende Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung und ein gestiegenes Gesundheitsbewußtsein der Bürger ließen vor allem die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung steigen. Stellt man die Ausgaben für die Gesundheit 1979 in den Zusammenhang mit der für dieses Jahr erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung, so wird sichtbar, daß sich der Gesundheitssektor trotz steigender Ausgaben im Einklang mit den übrigen ökonomischen Gegebenheiten befindet. Die Gesundheitsquote (Gesundheitsausgaben bezogen auf das Brutto-Sozialprodukt) dürfte 1979 mit 8,6% so hoch wie im Vorjahr sein. Damit ist aber zugleich eine gesamtwirtschaftliche Orientierung der Gesundheitsausgaben erreicht, wie sie vom Kostendämpfungsgesetz angestrebt wird.

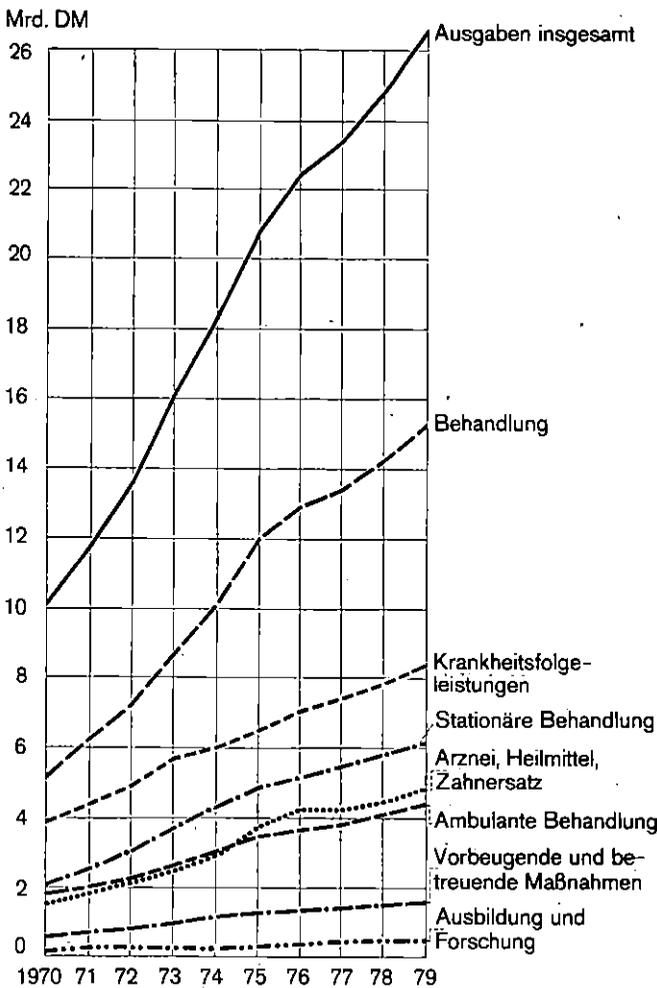
Die Gesamtausgabenentwicklung wurde dominierend von der Leistungsart Behandlung bestimmt, die allein nahezu 60% des Gesamtvolumens oder 15,3 Mrd. DM ausmacht. Dieser Hauptblock zerfällt im wesentlichen in drei Teilbereiche von ähnlicher Größenordnung: Die ambulante Behandlung mit 4,4 Mrd. DM, die stationäre Behandlung mit 5,2 Mrd. DM und die Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz mit 4,8 Mrd. DM. Nach vor-

Tabelle 10
Landesspezifisches Sozialbudget 1978 (Sozialbudget II)

Funktionen	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Einkommens- leistungen	Sach- leistungen	Allgem. Dienste und Leistungen		Investitionen
					Zuschüsse und Maßnahmen	Innerer Dienst	
					Mill. DM		
Sozialbudget insgesamt	15 574,8	4,4	202,5	1 129,2	1 505,3	9 004,6	3 733,2
Familie	730,4	13,9	1,1	16,1	307,1	281,8	124,3
Wohnen und Wohnumfeld	280,5	11,6	0,2	6,6	64,6	27,0	182,1
Allgemeine Bildung	3 782,0	3,2	0,1	153,4	260,8	2 764,0	603,7
Beschäftigung	2 567,6	5,5	9,2	58,8	201,4	1 726,7	571,5
Gesundheit	4 147,2	- 1,8	-	556,5	466,2	2 234,8	889,7
Alter und Hinterbliebene	224,1	3,8	8,2	24,1	18,1	111,1	62,6
Sonstige Lebenshilfen	313,8	28,1	183,6	-	38,8	86,6	4,8
Umwelt	2 135,0	7,7	-	210,3	138,5	691,0	1 095,2
Öffentliche Sicherheit	1 394,2	10,9	0,1	103,4	9,8	1 081,6	199,3

Schaubild 11

Ausgaben für die Gesundheit



355 79

läufigen Berechnungen ist für 1979 bei der ambulanten Behandlung mit einem beschleunigten Ausgabenzuwachs von 7,4% zu rechnen. Die stationäre Behandlung weist dagegen eine etwas niedrigere Zuwachsrate (6%) auf, jedoch gehen hier die Steigerungen von einem besonders hohen Niveau aus. Der dritte große Behandlungsbereich Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz gab 1979 im besonderen Anlaß zur Sorge, da die vorjährige Zuwachsrate von 5,9% auf nunmehr 8,2% hochgeschwungen ist. Zu diesem Ergebnis haben vor allem die Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel, sowie der Zahnersatz entscheidend beigetragen. Insbesondere der Zahnersatz, der 1978 noch einen leichten Ausgabenrückgang von 0,3% zu verzeichnen hatte, weist 1979 weit überproportionale Ausgabensteigerungen von 8,9% aus. Entsprechend den höheren Behandlungsausgaben stiegen 1979 auch die Krankheitsfolgeleistungen, die rund 1/3 des Gesamtbudgets ausmachen, um 7,9% auf 8,4 Mrd. DM. Sie enthalten neben vielfältigen Rehabilitationsmaßnahmen vor allem Einkommensleistungen, die die materielle Lebenssicherung erkrankter Personen sicherstellen sollen (Entgeltfortzahlung, Krankengeld, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten).

Die restlichen großen Aufgabenbereiche Vorbeugende und betreuende Maßnahmen sowie Ausbildung (einschl. der nicht aufteilbaren Ausgaben) weisen mit rund 1,4 Mrd. DM ungefähr gleich große Beträge aus und haben relativ geringere Zuwachsraten zum Vorjahr von 2,6% bzw. 5,1% aufzuweisen. Insbesondere die Leistungen für Vorsorge und Früherkennung, ein Bereich also, der in der gesundheitspolitischen Diskussion

einen breiten Raum einnimmt, hat nur 0,8% der Ausgaben des gesamten Budgets aufzuweisen. Dieser bescheidene Anteil läßt vermuten, daß noch nicht alle Angebote in diesem wichtigen Bereich ausgeschöpft wurden und Teile der Bevölkerung noch immer nicht den Stellenwert der Vorsorgeuntersuchungen, wie zum Beispiel die Früherkennung von Krebskrankheiten bei Erwachsenen, erkannt haben.

Umwelt

Im Rahmen des zweiten mittelfristigen Umweltprogramms (1977 bis 1980) legte die Landesregierung für das abgelaufene und das kommende Jahr den Schwerpunkt auf die *Vorsorge für besseren Umweltschutz* und – als wichtigste konkrete Aufgabe der nächsten Zeit – die Verbesserung der Wasserqualität. Im Rahmen der *Vorsorge* wurden im Lande Maßnahmen zur Umweltsicherung getroffen und das Wissen um Umweltprobleme speziell dieses Landes verbessert und gefördert. Zu den vorsorglichen Maßnahmen gehörte ein Ausweis von 13 neuen Naturschutzgebieten mit zusammen 375 ha, von 10 neuen Landschaftsschutzgebieten (8800 ha) und die Einrichtung von vier Naturparks in den Gebieten Neckartal/Odenwald, Schwäbisch-Fränkischer Wald, Strom- und Heuchelberg, Alb-Donautal. Es wird sich zeigen, inwieweit dadurch der unwiederbringliche Verbrauch an landwirtschaftlicher Fläche verlangsamt werden kann, denn dieser Ausweis von Natur- und Landschaftsschutzgebieten mit zusammen gut 9000 ha entspricht ziemlich genau dem jährlichen Verlust durch Siedlungsflächen, wie er im Schnitt der 70er Jahre realisiert wurde. Im Zusammenhang mit der Verbesserung des Wissens über Umwelt wurden im Jahre 1979 eine Kartierung der Biotop- und der Waldfunktionen weitergeführt oder abgeschlossen und das Luftmeßnetz ausgebaut.

Die Verbesserung der Wasserqualität hat neben der Sicherung der Wasserversorgung höchste Priorität. Allein in den 70er Jahren haben die Städte und Gemeinden hierfür 5,5 Mrd. DM investiert, wobei rund ein Neuntel aus Fördermitteln des Landes stammen. Die mit dieser Hilfe eingeleiteten Maßnahmen waren vorrangig auf den Ausbau mechanisch-biologischer Anlagen und der dazugehörigen Kanalisation ausgerichtet. Ende 1977 waren nur noch 5% der Einwohner ohne Anschluß an eine öffentliche Sammelkanalisation und nur noch 12% ohne Anschluß an eine kommunale Kläranlage. Zu Beginn des Jahrzehnts waren es noch 12% bzw. 33%. Der entscheidende Durchbruch wurde dabei in den Jahren 1975 bis 1977 erreicht, als für über 2 Mill. Einwohner erstmals eine vollbiologische Kläranlage bzw. Ausbaustufe in Betrieb genommen wurde. Da im gleichen Zeitraum die direkt in ein Oberflächengewässer eingeleiteten Industrieabwässer deutlich intensiver gereinigt wurden, ergab sich gemessen am BSB₅ eine um rund 30% verringerte Belastung durch organische Schmutzstoffe. Probleme liegen in der Zukunft vor allem in der Belastung durch schwer abbaubare Substanzen, für die gegenwärtig noch keine geeignete Datenbasis vorliegt.

Bei der *Abfallbeseitigung*, einem Schwerpunktprogramm vergangener Jahre, kann inzwischen eine vollständige Hausmüllentsorgung aller Gemeinden festgestellt werden. Die Konzentration auf zentrale Anlagen, die mit Sicherheits-, Pflege- und Hygienemaßnahmen ausgestattet sind, hat sich bemerkenswert entwickelt; so gibt es gegenüber fast 4000 Deponien im Jahre 1972 nunmehr nur noch rund 130 große Hausmülldeponien und eine mindestens ebenso hohe Anzahl von Bauschuttdeponien. Im übrigen kann – zumindest was die Entwicklung zwischen 1975 und 1977 anbelangt – von einem Rückgang der Abfallbeseitigung ausgegangen werden, was möglicherweise auch auf ein gestiegenes Umweltbewußtsein der Bevölkerung zurückzuführen ist. Ebenso hat die Wiederverwertung industrieller Abfälle in Baden-Württemberg einen bemerkenswerten Umfang erreicht. So wurde im Jahr 1977, für das erstmals ein entsprechender Sachverhalt erfragt wurde, rund ein Drittel der Abfälle im Verarbeitenden Gewerbe in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt, wobei der Schwerpunkt vor

allem in der Rückgewinnung von Metallen und hochwertigen Mineralien lag.

Der Etat 1980 überschreitet erstmals 30 Mrd. DM, Haushaltspolitik weiter im Zeichen der Konsolidierung

Das Jahr 1979 brachte die stattliche Zahl von vier Nachtragshaushalten, die zusammengenommen ein Volumen von 781 Mill. DM aufweisen. Bereits im Juli wurde der Erste Nachtrag mit 115 Mill. DM verabschiedet, dessen Mittel für die Fortführung des Mittelstandsprogramms (50 Mill. DM), für die Beseitigung von Frostschäden an Landstraßen (50 Mill. DM) und angesichts letzjähriger Hochwasserschäden für den Hochwasserschutz (15 Mill. DM) bereitgestellt wurden. Die Deckung dieser Mittel erfolgte aus einem Teil der Haushaltsüberschüsse des Jahres 1978. Im Oktober dieses Jahres stand der Zweite Nachtragshaushalt an, der als einzige Position das ausschließliche vom Land Baden-Württemberg gezahlte Familiengeld für nichterwerbstätige Mütter in Höhe von 18 Mill. DM umfaßt. Im Dezember ist ein weiterer Nachtrag verabschiedet worden, dessen Aufgabenbereiche die Familienförderung (109 Mill. DM) den Sanierungs-, Forschungs- und Verkehrsbereich (85 Mill. DM) und den Sozialen Wohnungsbau (57 Mill. DM) umfaßt. Die veranschlagten Mehrausgaben in Höhe von 648 Mill. DM sollen überwiegend aus Steuermehreinnahmen und aus sonstigen Mehreinnahmen gedeckt werden. Schließlich ist noch ein Vierter Nachtrag zur besoldungsrechtlichen Überleitung von Hochschullehrern nach dem Landeshochschulgesetz erforderlich, der jährliche Mehrkosten in diesem Bereich von 8 Mill. DM zur Folge haben wird. Während im letzten Jahr der Nachtrag in Anbetracht der damaligen Konjunkturlage einen stark investiven Charakter aufwies, liegt der Schwerpunkt in diesem Jahr bei den Nachträgen mehr bei den sächlichen Ausgaben und den Zuschüssen. Der Haushaltsplan 1979 stellt sich nun einschließlich dieser vier Nachträge mit einer Höhe von 28,7 Mrd. DM dar und weist eine Steigerungsrate zum Vorjahr von 8,4% aus. Das Haushaltsvolumen setzt sich dabei zusammen aus 39,8% Personalkosten, 31,3% laufenden Zuweisungen und Zuschüssen, sowie 17,2% Investitions-

ausgaben (einschl. Zuweisungen an Gemeinden) und 11,7% sächliche Ausgaben.

Kennzeichnend für das laufende Haushaltsjahr war die Entwicklung der Steuereinnahmen, die in den ersten drei Quartalen 1979 um 10,9% über denen im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres lagen. Die anfallenden Steuermehreinnahmen wurden neben der Finanzierung der Ausgaben im Dritten Nachtragshaushalt schwerpunktmäßig zur Reduzierung der Verschuldung verwendet. So hat sich die Tilgung von Kreditmarktschulden in den ersten drei Quartalen 1979 um 44,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum beschleunigt, andererseits konnte die Schuldenaufnahme um 1/5 unter das Niveau der ersten drei Quartale des Vorjahres begrenzt werden. Damit wurde die Neuverschuldung, die sich auf 1,3 Mrd. DM in den ersten drei Quartalen belief, nur zu 36,8% der Kreditermächtigung ausgeschöpft. Um den Stellenwert, den die Landesregierung der Konsolidierung der Staatsfinanzen beimißt zu unterstreichen, wurde darüber hinaus die im Haushaltsplan ursprünglich vorgesehene Kreditermächtigung um 600 Mill. DM auf 3286 Mill. DM herabgesetzt. Auf der Ausgabenseite schlugen sich die Personalkosten des Landes entsprechend der Erhöhung der Bezüge der Landesbediensteten und der ausgebrachten Stellen (1979: 220 934) mit einer Steigerungsrate von 5,1% nieder (Vorjahr 6,6%). Damit wurde auch 1979 ein Zuwachs an Stellen und Personalkosten erreicht, der sich am erkennbaren Bedarf orientiert und die Leistungskraft des Landes nicht überfordert. Bei den Sachausgaben, die mit einem Zuwachs von 14,7% zu Buche schlugen, lag das Schwergewicht im investiven Bereich und zwar bei den Baumaßnahmen mit einer Steigerungsrate von 27,3% und den Investitionszuweisungen an die Gemeinden mit 21,8%. Die sächlichen Verwaltungsausgaben erhöhten sich dagegen nur um 10,7%.

Die finanzwirtschaftliche Situation der Gemeinden verbesserte sich 1979 ebenfalls aufgrund der Zunahme der Steuereinnahmen. In den ersten 3 Quartalen wurden 6 Mrd. DM an Steuern eingenommen. Nach Abzug des Bund und Land zustehenden Anteils an der Gewerbesteuer mit 881 Mill. DM verblieben den Gemeinden zur Finanzierung ihrer eigenen Ausgaben 5,1 Mrd. DM aus Steuern, das sind 9% mehr als im gleichen Zeitraum 1978. Dieses günstige Ergebnis konnte nur erreicht werden, weil die beiden konjunkturabhängigen Steuerarten, die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer jeweils um rund ein Zehntel ergiebiger waren als ein Jahr zuvor. Die Einnahmen der Gemeinden aus Investitionszuweisungen haben sich allerdings infolge des Auslaufens des Zukunftsinvestitionsprogramms mit einem deutlich geringeren Zuwachs entwickelt als im Vorjahr (+ 45,8%), doch verblieb der Zuwachs 1979 mit 20% gegenüber dem Vorjahr noch auf einer beachtlichen Höhe.

Nach Jahren der Zurückhaltung haben die Gemeinden wie im Vorjahr so auch 1979 wieder eine forcierte Investitionstätigkeit entwickelt, die mit einer Zunahme der Investitionsausgaben in den ersten 3 Quartalen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 16,8% zu Buche schlug. Dies zeigen auch die Haushaltspläne der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohner, für das Jahr 1979. Danach werden die Ausgaben rund 21 Mrd. DM betragen und damit um 7,9% höher liegen als im Vorjahr. Als Folge des mehrjährigen, gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Investitionsprogramms zur Stärkung der öffentlichen Investitionen, ist eine kräftige Ausgabensteigerung um 16,1% im investiven Bereich zu erkennen.

Im Gegensatz zum Haushaltsvollzug des Landes führte die Ausgabengestaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände zu einer höheren Verschuldung als im Vorjahr. Während die Schuldenaufnahme am Kreditmarkt um 33,2% im ersten Halbjahr 1979 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zunahm, sanken die Tilgungsleistungen um 7,6% ab.

Der Entwurf des Staatshaushaltsplans 1980 geht von einer bereinigten Steigerung des Haushaltsvolumens gegenüber 1979 von 5% aus. Damit liegt der Etat bei 30,2 Mrd. DM und entspricht der Vorgabe des Finanzplanungsrats. Die Mittelver-

Tabelle 11
Ausgaben des Staates nach den Staatshaushaltsplänen¹⁾

Aufgabenbereiche	1979	1980	Veränderung	
	Mill. DM		1979	1980
			gegen 1978	
				%
Allgemeine Dienste	3 366,6	3 578,2	7,0	13,7
Politische Führung und zentrale Verwaltung	1 334,1	1 402,8	5,9	11,3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 141,7	1 227,8	7,5	15,6
Rechtsschutz	868,3	918,3	7,6	13,8
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	8 877,6	9 480,2	8,4	15,7
Schulen und vorschulische Bildung	4 753,2	4 950,3	9,8	14,3
Hochschulen (einschl. Kliniken) ...	2 508,3	2 719,6	7,3	16,3
Soziale Sicherheit, soziale Folgeausgaben, Wiedergutmachung	1 872,6	1 804,1	7,5	3,5
Gesundheit, Sport und Erholung	929,0	970,5		2)
Wohnungswesen, Raumordnung, kommunale Gemeinschaftsdienste	984,3	1 022,5	33,4	38,6
Wohnungswesen und Raumordnung	770,4	770,4	35,5	35,5
Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten	645,0	678,9	5,9	11,5
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	890,1	878,7	12,4	11,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1 605,0	1 548,8	15,9	11,9
Straßen	962,4	874,6	19,9	9,0
Wirtschaftsunternehmen, Allg. Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	580,4	594,4	-7,9	-5,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	8 618,1	9 643,8	2,4	14,6
Bruttoausgaben	28 368,7	30 200,2	6,1	12,9

¹⁾ Einschließlich des 1. und 2. Nachtrags und Entwurf des 3. Nachtrags. - ²⁾ Umwandlung der Landeskrankenhäuser in Kaufmännische Betriebe ab 1.1.1979.

wendung, soweit sie die „Manövriermasse“ betrifft und die mit 4 bis 5% des Etatvolumens veranschlagt werden kann, wird sich auf Schwerpunktbereiche konzentrieren. Hierbei stehen vor allem eine familien- und kinderfreundliche Sozialpolitik, die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Bevölkerung und der Ausbau der gewerblichen Infrastruktur im Vordergrund. Im Personalbereich, dessen Ausgaben sich um 6,7% erhöhen, werden im neuen Etat rund 3000 weitere Stellen ausgebracht; darunter entfallen 1421 auf die Polizei, 733 auf die Lehrer, 160 auf den Strafvollzug und 200 auf die Steuerverwaltung. Auf der Einnahmenseite lassen sich für 1980 bei weiterhin ungebrochener günstiger Wirtschaftsentwicklung Steuermehreinnahmen in etwa der gleichen Höhe wie 1979 absehen, die für die Finanzierung erheblicher zwangsläufiger Mehrausgaben, der finanziellen Absicherung laufender Bauvorhaben und Bauprogramme, der Finanzierung der von Baden-Württemberg im Bundesrat mit eingebrachten Steuerentlastungsge-setze und der weiteren consequenten Konsolidierung des Landeshaushalts eingesetzt werden sollen. Zur Deckung der Ausgabenseite wird auch 1980 eine Neuverschuldung in Höhe von 2,5 Mrd. DM netto nötig sein, die jedoch um 500 Mill. DM unter der vorgesehenen Kreditaufnahme im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung liegt.

Ausblick

So problematisch gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt Überlegungen zur Entwicklung im kommenden Jahr sind, so sind doch schon einige Perspektiven sichtbar, die durch die Ereignisse des abgelaufenen Jahres vorgezeichnet sind.

Im demographischen Bereich deutete sich 1978 an, daß der Rückgang der Geburtenziffern bei der deutschen Bevölkerung zumindest zum Stillstand gekommen ist, es erscheint jedoch verfrüht, hier von einer Tendenzwende zu sprechen. Schon aufgrund der Verschiebung der Altersstruktur läßt sich aber ableiten, daß die Geburtenzahlen auch im kommenden Jahr leicht steigen werden, obwohl die Geburtenziffern bei der ausländischen Bevölkerung sich den niedrigeren deutschen anpassen.

Auch das neue Jahr dürfte für Baden-Württemberg eine Bevölkerungszunahme bringen, die hauptsächlich von einem Wanderungsüberschuß, sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländern, getragen sein wird. Beim ausländischen Bevölkerungsteil dürfte sich auch im Erwerbsverhalten die Anpassung an die deutsche Bevölkerung fortsetzen, das heißt die Erwerbsquote dürfte weiter sinken; mit einem steigenden Anteil dürften somit nichterwerbstätige Familienangehörige zuwandern. Die Integration der wachsenden Zahl von ausländischen Familien, die in unserem Lande sesshaft geworden sind, vor allem aber die Wahrung der Chancengleichheit der zweiten Ausländergeneration in Schule und Berufsausbildung, wird nicht nur im kommenden Jahre eine vordringliche Aufgabe sein.

Die Sicherung von Ausbildungsplätzen für ausländische und deutsche Jugendliche, bei denen wieder starke Altersjahrgänge die allgemeinbildenden Schulen verlassen, dürfte auch im kommenden Jahr durch gemeinsame Anstrengungen von Landesregierung und Wirtschaft gelingen.

Überlegungen über die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft sind mit zusätzlichen Unsicherheitsfaktoren behaftet, zumal sich spätestens seit der Ölkrise von 1973 gezeigt hat, wie stark vom Ausland gesetzte Rahmenbedingungen auf das konjunkturelle Geschehen im Inland einwirken. In diesem Jahr ist für das reale Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik ein Wachstum von etwa 4,5% zu erwarten. Dabei dürfte die Zuwachsrate in Baden-Württemberg, die bereits im ersten Halbjahr deutlich über dem Bundeswert von 4,3% lag, auch für das ganze Jahr 1979 über dem Bundesdurchschnitt liegen. Allgemein

wird von Industrie und Handwerk die Situation noch durchaus positiv bewertet, vor allem dürfte der Auftragsbestand noch in das nächste Jahr hineinreichen. Man setzt offenbar weiterhin auf die Dynamik einer durch die inländische Investitionsnachfrage ausgelösten Konjunkturbewegung, die Baden-Württemberg besonders begünstigt.

Es sind jedoch eine Anzahl von Schwachpunkten auszumachen, die mit Sicherheit das Ausmaß des für dieses Jahr erwarteten Wachstums für das nächste Jahr unwahrscheinlich machen. Inwieweit hierzu schon die hinter dem Vorjahresergebnis zurückgebliebenen September-Werte der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe einen Indikator bilden, ist zur Zeit schwer abzuschätzen. Der scharfe Rückgang in der Automobilindustrie dürfte allerdings kaum ohne Konsequenzen bleiben. Zweifellos ist auch das nur schwache Ergebnis des Einzelhandels symptomatisch und könnte auch für das folgende Jahr bei weiter steigenden Preisen und entsprechend nur mäßigen realen Einkommenssteigerungen typisch sein. Ein Ausgleich durch ein starkes Exportgeschäft, wie es im abgelaufenen Jahr durch die expansive Entwicklung in den wichtigsten Partnerländern zu verzeichnen war, ist für 1980 nicht zu erwarten. Bei beschleunigtem Preisauftrieb haben die Auftriebskräfte in den meisten westlichen Industrieländern nachgelassen. Inwieweit sich die gestiegenen Deviseneinnahmen der Ölförderländer in Form von wachsenden Bezügen von heimischen Erzeugnissen niederschlagen wird, läßt sich schwer abschätzen; von der zu erwartenden Größenordnung her ist jedoch hierin keine Kompensation für eine wahrscheinliche Abkühlung der Exporte in die westlichen Industrieländer zu sehen. Daß auch im Inland die Gefahren für ein ausgeglichenes Wachstum durch eine – auch durch „hausgemachte“ Faktoren – ausgelöste Inflation bereits stärker eingeschätzt werden, zeigt sich in den zinspolitischen Beschlüssen der Zentralbank vom 1. November. Alle diese sich abzeichnenden Tendenzen lassen eine sich leicht abkühlende Inlandskonjunktur erwarten. Das reale Sozialprodukt dürfte 1980 bundesweit um 2,5% bis 3% steigen, die Verbraucherpreise um etwa 4,5% anziehen.

Im Mittelpunkt steht allerdings die Frage nach der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die naturgemäß besonders schwer zu beantworten ist. Die vermutete Konjunkturabkühlung wird voraussichtlich zu einem Nachlassen der Übernachfrage auf einigen beruflichen sektoralen und regionalen Teilmärkten führen, andererseits dürfte sich die Situation der Problemgruppen weiter verhärtet. Ob es darüber hinaus wieder zu Freisetzungen kommen wird, ist schwer abzuschätzen. Auch in den Jahren des Aufschwungs hat das Verarbeitende Gewerbe als größter und am schnellsten auf Konjunkturveränderungen reagierender Arbeitgeber sehr zurückhaltend Arbeitskräfte eingestellt. Eine gewisse Wachstumsabschwächung muß darum nicht automatisch zu überschüssigen Kapazitäten führen, insbesondere auch dann nicht, wenn wie zur Zeit ein Engpaß bei Facharbeitern und Ingenieuren besteht. Das Dienstleistungsgewerbe hat wie im abgelaufenen Jahr so auch in den Rezessionsjahren beständig Arbeitskräfte benötigt – eine Entwicklung, die sich auch im kommenden Jahr fortsetzen dürfte. Nicht zuletzt könnten auch die familienpolitischen Maßnahmen der Landesregierung zu einem gewissen Nachlassen der Arbeitsnachfrage von Frauen führen. Faßt man alle diese Aspekte zusammen, so ist ein weiterer Abbau der noch bestehenden Arbeitslosigkeit nicht wahrscheinlich, es dürfte aber auch nicht mit Freisetzungen großen Ausmaßes zu rechnen sein.

Bei diesen Aussagen ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Reaktionen der Weltwirtschaft auf den jüngsten Ölpreisschub nur unvollkommen abschätzbar sind. Ungewiß ist zudem die Entwicklung der Ölpreise und der Ölversorgung, durch die die Rahmendaten für die Konjunktur entscheidend verändert werden können.

Dr. Harsch, Dr. Keller, Dipl.-Volksw. Linder u. a.